

Niederschrift

über die öffentliche Sitzung des Stadtrates
am Montag, den 10.02.2020 um 14:30 Uhr
Sitzungssaal der Wasgauhalle, Ebene 1

Gesetzliche Mitgliederanzahl	45
Anwesend sind	42

Und zwar

Vorsitzende

Herr Markus Zwick

Beigeordnete

Herr Denis Clauer

Herr Michael Maas

Mitglieder

Herr Jürgen Bachert

Herr Florian Bilic

Herr Tapani Braun

Frau Edeltraut Buser-Hussong

Herr Dieter Clauer

Herr Maurice Croissant

Herr Wolfgang Deny

Herr Dr. Florian Dreifus

Frau Ulla Eder

Herr Frank Eschrich

Frau Stefanie Eyrisch

Frau Katja Faroß-Göller

Frau Brigitte Freihold

Herr Frank Fremgen

Herr Jürgen Hartmann

Herr Thomas Heil

Herr Gerhard Hussong

Frau Heidi Kiefer

Florian Kircher

Frau Helga Knerr

Frau Brigitte Linse

Frau Gabriele Mangold

Herr Dr. Bernhard Matheis

Herr Jürgen Meier

Herr Ralf Müller

Frau Uschi Riehmer

Herr Philipp Scheidel

Frau Sabine Schunk

Herr Bernd Schwarz

Herr Stefan Sefrin
Herr Tobias Semmet
Frau Annette Sheriff
Herr Berthold Stegner
Herr Jürgen Stilgenbauer
Herr Sebastian Tilly
Herr Ferdinand L. Weber
Herr Erich Weiß
Herr Bastian Welker
Herr Steven Wink
Herr Heinrich Wölfling
Frau Regina Zipf

Protokollführung

Frau Anne Vieth

von der Verwaltung

Frau Iris Brandt
Frau Stephanie Clauer
Herr Daniel Durm
Herr Jörg Ehrgott
Herr Bernd Gehringer
Frau Annette Legleitner
Frau Dunja Maurer
Herr Michael Maurer
Herr Oliver Minakaran
Herr Andreas Mühlbauer
Herr Maximilian Zwick

Zu Ausbildungszwecken anwesend:

Frau Denise Wilzius

Abwesend:

Mitglieder

Herr Hartmut Kling
Frau Susanne Krekeler
Herr Manfred Vogel

Der Vorsitzende eröffnet die Sitzung um 14.30 Uhr.

Die Verpflichtung des Ratsmitgliedes Heil erfolgt durch den Vorsitzenden gemäß den Bestimmungen der Gemeindeordnung auf die gewissenhafte Erfüllung seiner Pflichten.

Er stellt die form- und fristgerechte Ladung der Ratsmitglieder sowie die Beschlussfähigkeit des Stadtrates fest.

Der Vorsitzende bittet, den Tagesordnungspunkt 9.1 „Anträge der Fraktionen – Antrag der Stadtratsfraktion CDU vom 03.02.2020 bzgl. Prüfung der Chancen einer Digitalisierungsallianz in der Südwestpfalz“ zusammen mit dem Tagesordnungspunkt 6 „Vorstellung des Digitalisierungskonzeptes für die Verwaltung“ zu behandeln.

Der Stadtrat beschließt einstimmig die gemeinsame Beratung unter TOP 6.

Der Stadtrat beschließt einstimmig die folgende

Tagesordnung:

1. Einwohnerfragestunde (ab 16.00 Uhr)
2. Sachstandsbericht Zweckverband Abfallverwertung Südwestpfalz - MHKW
3. Haushalt 2020/2021
 - 3.1. Haushaltssatzung und Haushaltsplan 2020/2021
 - 3.2. Forstwirtschaftsplan 2020
 - 3.3. Wirtschaftsplan des Abwasserbeseitigungsbetriebs mit Finanzplan und Investitionsprogramm
 - 3.4. Wirtschaftsplan des Wirtschafts- und Servicebetrieb (WSP) -Teilbereich Abfallentsorgung
 - 3.5. Wirtschaftsplan des Wirtschafts- und Servicebetrieb (WSP)
4. Satzung über den Kostenersatz und die Gebührenerhebung für Hilfe- und Dienstleistungen der Feuerwehr Pirmasens
5. Verabschiedung einer Resolution zur Entschuldung der Städte
6. Vorstellung des Digitalisierungskonzeptes für die Verwaltung
7. Beteiligung der Stadt Pirmasens an der Fortschreibung des Einzelhandelskonzeptes der Stadt Zweibrücken
8. Wahlen
 - 8.1. Nachwahl für den Jugendhilfeausschuss
 - 8.2. Bildung des Koordinierungsrates Dynamikum Pirmasens
9. Anträge der Fraktionen

- 9.1. Antrag der CDU-Stadtratsfraktion vom 03.02.2020 bzgl. „Prüfung der Chancen einer Digitalisierungsallianz in der Südwestpfalz“
10. Beantwortung von Anfragen, Informationen, Anfragen der Ratsmitglieder

zu 1 Einwohnerfragestunde (ab 16.00 Uhr)

Der Vorsitzende eröffnet die Einwohnerfragestunde um 16.00 Uhr und erklärt, es liege keine schriftliche Anfrage seitens der Bürger vor.

Frau Karin Leissing nimmt Bezug auf die Informationsveranstaltung „Pfälzerwald: SDG-Modellregion für ein nachhaltiges Rheinland-Pfalz“ am 17.09.2019. Das Ziel der CDU sei es, global zu denken und dies lokal umzusetzen. Die Bevölkerung müsse ärmer werden, damit die wirklich Armen reicher würden. Die Kommunen würden unterlaufen. Der Bezirkstag stelle 1,5 Stellen bereit, aber die Kommunen müssten die Kosten tragen. Sie fragt, wer für Nachhaltigkeit zuständig sei und wer die Bewerbung am Modellprojekt durchgesetzt habe.

Der Vorsitzende bittet, die Anfrage schriftlich beim Sitzungsdienst einzureichen.

Frau Christine Sprau äußert, sie habe gesundheitliche Bedenken bezüglich des 5G Ausbaus. Dieser würde eine hochfrequente Strahlung mit sich bringen. Sie fragt an, ob die Bürger dahingehend ausreichend informiert würden.

Der Vorsitzende bittet, die Anfrage schriftlich beim Sitzungsdienst einzureichen.

Der Vorsitzende schließt die Einwohnerfragestunde um 16.05 Uhr.

zu 2 Sachstandsbericht Zweckverband Abfallverwertung Südwestpfalz - MHKW

Der Vorsitzende teilt mit, es sei sinnvoll zum jetzigen Zeitpunkt über den aktuellen Stand der Müllverbrennungsanlage in Pirmasens zu berichten. Er teilt mit, der Zweckverband Abfallverwertung Südwestpfalz stehe vor der Entscheidung die Müllverbrennungsanlage weiter selbst zu betreiben, Besitzer zu bleiben und einen Betreiber zu suchen oder an ein Privatunternehmen zu verkaufen. In einem Bieterverfahren hätten interessierte Unternehmen bereits Angebote abgegeben. Diese seien jedoch noch nicht verbindlich. Bereits jetzt könne man sagen, dass für die Bürger eine deutliche Reduzierung der Müllgebühren zu erwarten sei.

Eine Entscheidung stehe nach der Sommerpause an.

Herr Klinkhammer stellt anhand einer Beamerpräsentation (siehe Anlage 1 zur Niederschrift) den Zwischenstandsbericht vor.

zu 3 Haushalt 2020/2021

Der Vorsitzende schlägt sodann vor, eine Redezeitbegrenzung auf 15 Minuten festzulegen.

Der Stadtrat beschließt einstimmig die Begrenzung der Redezeit auf 15 Minuten.

Der Vorsitzende führt sodann aus:

“Der Haushaltsplanentwurf der Verwaltung wurde am 16.12.2019 eingebracht und in zwei Sitzungen des Hauptausschusses sowie im Schulträger-, Kultur-, Jugendhilfe- und Sportausschuss ausführlich beraten.

In einer gemeinsamen Sitzung aller Ortsbeiräte am 05.02.2020 wurde über die Haushaltssatzung und die jeweiligen Ansätze des Haushaltsplans informiert.

Die Haushaltssatzung mit Plan und allen Anlagen war wie vorgeschrieben in der Zeit vom 13.01. bis 27.01.2020 zur Einsichtnahme durch die Einwohner verfügbar. Es sind keine Vorschläge bei der Verwaltung eingegangen.

Der Doppelhaushalt 2020/21 schließt im Ergebnishaushalt mit voraussichtlichen **Fehlbeträgen** von 17,1 bzw. 15,7 Mio. Euro. Hierin ist die Erhöhung des Hebesatzes der Grundsteuer von 430 auf 480 v.H. bereits berücksichtigt.

Gestatten Sie mir nochmal einige Anmerkungen zu der von der Aufsichtsbehörde geforderten Anhebung der Grundsteuer auf mindestens 480 Punkte. Ich bin nach wie vor nicht der Auffassung, dass die Bürgerinnen und Bürger von Pirmasens in den nächsten Jahren mit immer weiter steigenden Grund- bzw. Gewerbesteuerbeträgen belastet werden sollten. Die Kommunalaufsicht führt als mittelfristiges Ziel bei der Grundsteuer einen Hebesatz von 995 % an, der nach der derzeitigen Rechtsprechung noch verfassungsgemäß wäre. Damit würde den Grundstückseigentümern die alleinige Last aufgebürdet, die Kommunalfinanzen zu verbessern und für die vom Land unterfinanzierten Sozialleistungen die Zeche zu bezahlen. Ich bin strikt dagegen, diesen Weg zu gehen.

Meine Strategie ist eine andere. Ich halte es für viel sinnvoller, höhere Einnahmen beispielsweise im Bereich der Gewerbesteuer durch die Ansiedlung von Unternehmen zu generieren. Dies kann meines Erachtens durch die Erschließung neuer Gewerbegebiete bei gleichzeitiger Senkung des Hebesatzes der Gewerbesteuer geschehen. Dieses Vorgehen möchte ich vorab jedoch durch ein wissenschaftliches Gutachten belegen lassen, das die Chancen und Risiken analysiert. Wünschenswert wäre aus meiner Sicht, dass die Beauftragung des Gutachtens im Schulterschluss mit dem Land erfolgt und wir uns im Idealfall auf einen gemeinsamen Gutachter verständigen können. Ich habe es in der letzten Hauptausschusssitzung bereits angekündigt, dass ich in einer der nächsten Sitzungen eine entsprechende Beschlussvorlage einbringen möchte.

Im Rahmen der Haushaltsberatungen haben sich Änderungen bei der Haushaltssatzung ergeben. Zu der Anhebung des Hebesatzes habe ich bereits informiert. Außerdem wurde zur Klarstellung eines Gebührentatbestands noch eine Ergänzung bei den Sondernutzungsgebühren eingefügt, und zwar für das Verteilen von Flugblättern und Werbematerial. Eine weitere Änderung betrifft die Feuerwehrgebühren.

Nachdem in der heutigen Sitzung eine separate Feuerwehrgebührensatzung beschlossen wird, sind die entsprechenden Regelungen in der Haushaltssatzung künftig nicht mehr notwendig und wurden herausgenommen.

Für das Druckexemplar haben Sie mit Ihrer Einladung die jeweiligen Austauschseiten erhalten. Die überarbeitete und korrigierte Version steht Ihnen auch über das Ratsinformationssystem zur Verfügung.

Wie ich bereits in meiner Rede zur Einbringung des Haushaltes ausführlich erläutert habe, haben wir enorme Einbrüche bei den **Schlüsselzuweisungen B 2 und C 2 sowie C 3** zu verkräften. Dieses Minus von knapp 5 Mio. Euro können wir aus eigener Kraft nicht ausgleichen, auch nicht durch die wirklich gute Entwicklung unserer Gewerbesteuer.

Sie kennen die Ursache unserer langjährigen desolaten Haushaltssituation. Trotzdem muss ich es an dieser Stelle erneut ansprechen: Wie sollen wir ein jährliches Defizit im Sozialetat

von mehr als 30 Mio. Euro bewältigen, wenn uns die notwendige Finanzausstattung hierfür fehlt?

Wir stemmen mit dem Gesamthaushalt schon Pflichtausgaben in erheblichem Umfang, denn unser laufender Fehlbetrag in Höhe von 17,1 Mio. Euro liegt schon rund 13 Mio. Euro unter dem Defizit des Sozial Etats!

Ich habe es im Rahmen der Haushaltsberatungen bereits erwähnt: Die Fehlbeträge des Budgets für Jugend und Soziales haben sich seit dem Jahr 2001 bis jetzt auf weit über eine halbe Milliarde aufsummiert!

Nach wie vor ist es mir unverständlich, dass diese alarmierenden Daten bei unserer Landesregierung keinerlei Wirkung zeigen. Im Gegenteil – die Kommunen sind gezwungen, vor Gericht zu ziehen – sogar bis zum Verfassungsgerichtshof von Rheinland-Pfalz und zum Bundesverfassungsgericht – um für ihre Rechte zu kämpfen. Dabei führen wir nur die Aufgaben aus, die uns von Bundes- und Landesgesetzen vorgegeben werden.

In manchen Bundesländern existieren ganz andere Systeme im Hinblick auf die Kosten im Rahmen der Sozialgesetzgebung. Beispielsweise trägt im Bereich der Unterhaltsvorschussleistungen das jeweilige Bundesland die kompletten Kosten und die Kommunen sind gar nicht damit belastet.

Nachdem die Appelle der Kommunen in Sachen mangelnde Finanzausstattung bei vielen Ländern ungehört blieben, hat sich zwischenzeitlich der Bund dieses Themas angenommen. Wesentlich dazu beigetragen haben sicherlich auch die Bemühungen des **Bündnisses für die Würde unserer Städte**, das bundesweit auf die Unterfinanzierung der Pflichtaufgaben im kommunalen Bereich aufmerksam gemacht hat. Ich hoffe nun sehr, dass es dem Bundesfinanzminister gelingt, zusammen mit den Ländern einen tragfähigen Konsens bei der Finanzausstattung und der Altschuldenproblematik zu entwickeln und wir in naher Zukunft ein Licht am Horizont erkennen werden.

Wie uns der parlamentarische Staatssekretär aus dem Bundesinnenministerium, Herr Wanderwitz, letzte Woche versichert hat, ist der Bund fest entschlossen den verschuldeten Kommunen zu helfen!

Er hat aber auch deutlich herausgestellt, dass eine Altschuldenlösung nur unter der Bedingung kommt, dass das Land Rheinland-Pfalz die strukturelle Unterfinanzierung der Kommunen beendet und endlich seiner Verantwortung uns gegenüber nachkommt!

Soviel zum Thema unzureichender Finanzausgleich und zurück zum Haushalt.

Ich komme nun zu den **Investitionen**:

Insgesamt werden wir in den beiden Haushaltsjahren 2020 und 2021 voraussichtlich rd. 47 Mio. Euro investieren.

Trotz unserer schwierigen Haushaltssituation versuchen wir, sowohl im Ergebnishaushalt als auch bei den Investitionen unsere Schwerpunkte vorwiegend im Bereich Jugend und Bildung zu setzen. Das ist mir ein besonderes Anliegen.

So stehen beispielsweise knapp 11 Mio. Euro für die Generalsanierung der **Berufsbildenden Schule** bereit bei Gesamtinvestitionskosten von rd. 13 Mio. Euro. Die BBS ist derzeit die Schule mit dem größten Energieverbrauch.

Nach Umsetzung der energetischen Maßnahmen wie Erneuerung der Fenster und Türen, Heizung, Verschattungen sowie Dämmung der Außenwände wird der Energieverbrauch erheblich gesenkt werden können. Dies ist ein Beitrag für den Klimaschutz und gleichzeitig auch mit monetären Einsparungen verbunden.

Zudem sind Brandschutzmaßnahmen vorgesehen, ebenso eine Verbesserung der Barrierefreiheit sowie die Erneuerung der Toilettenanlagen. Die Räumlichkeiten werden umstrukturiert und teilweise neu aufgeteilt, damit sie den Anforderungen einer modernen Schulform entsprechen.

Ein weiteres Großprojekt ist die Generalsanierung der **Landgraf Ludwig Realschule Plus**. Hier sollen rd. 8,9 Mio. Euro investiert werden. Mit den Vorjahresansätzen stehen rd. 13,5 Mio. Euro an Haushaltsmitteln zur Verfügung. Es ist eine behindertengerechte Erschließung vorgesehen, einschl. einer Aufzugsanlage über alle Stockwerke. Nach der Sanierung wird auch die Realschule Plus mit dem neuesten energetischen Standard ausgestattet und für Schüler und Lehrer funktional aufgewertet sein.

Für den Umbau der **Schulturnhalle Fehrbach** sind rd. 1,2 Mio. Euro eingeplant. Auch hier geht es um Brandschutz, Barrierefreiheit, Fenster und Außentüren, Beleuchtung sowie Fassaden- und Deckendämmung.

Für die **Horebschule** und die **Nagelschmiedsbergschule** wurden Planungskosten von 500.000 Euro im Jahr 2020 eingestellt. Denn die Sanierung am Horeb bzw. der Neubau am Nagelschmiedsberg sollen die nächsten Schritte in Sachen Schulsanierungen werden. Anhand der Ergebnisse des bis Mitte des Jahres erwarteten **Schulentwicklungsplans** werden wir die notwendigen Schritte auch nochmals planerisch absichern!

Etwas mehr als 1 Mio. Euro sind in den kommenden beiden Jahren im Rahmen des **Digitalpaktes** für unsere Schulen vorgesehen, in 5 Jahren insgesamt 2,7 Mio. Euro. Mit der Digitalisierung werden unsere Schulen fit gemacht für die Herausforderungen der Zukunft.

Daneben werden wir weiterhin im Rahmen unseres gut funktionierenden **Ausbauprogramms** über die wiederkehrenden Beiträge den **Straßenausbau** vorantreiben. Die Erfolgsbilanz bis jetzt kann sich sehen lassen: Seit 2001 wurden 115 Straßen mit einem Investitionsvolumen von 43 Mio. Euro ausgebaut. Für das Jahr 2020 sind weitere 2,3 Mio. Euro dafür vorgesehen. Ab 2021 werden wir Ihnen die Planung für den nächsten 5-Jahres-Zeitraum vorlegen.

Ein immens wichtiges Thema für die Stadt Pirmasens ist die **Stadtentwicklung**. Insbesondere die Fördermaßnahmen **Stadtumbau** sowie **Soziale Stadt** stellen auf dem Horeb und in der Innenstadt die Schwerpunkte in den kommenden Jahren dar. Für private und öffentliche Investitionen werden hierfür verstärkt Mittel bereitgestellt – in den nächsten beiden Haushaltsjahren sind es rd. 4,6 Mio. Euro.

Es haben zwischenzeitlich schon 295 Erstberatungen stattgefunden, davon 113 im Winzler Viertel, 107 auf dem Horeb und 75 in der Innenstadt. Wie mir das Stadtplanungsamt mitgeteilt hat, sind etliche davon auch bereits in ein Antragsverfahren gemündet. Wir werden im Sommer zu diesem Thema eine ausführliche Information für die Gremien zusammenstellen. Über die hohe Nachfrage in den Fördergebieten – insbesondere von privater Seite – bin ich sehr erfreut. Ich erhoffe mir viele wichtige Impulse für unsere Stadt und eine damit verbundene Weiterentwicklung.

Lassen Sie mich zum Abschluss noch einige Worte zu den Aufwendungen für die Messe verlieren. Für die Jahre 2019 und 2020 sind dort Sanierungsmaßnahmen in erheblichem Umfang vorgesehen. Es geht um Brandschutz, Fassadenarbeiten, statische Ertüchtigungen

und Wärmedämmung. Die Details kennen Sie aus den vorgelegten Beschlussvorlagen und ich muss nicht weiter darauf eingehen.

Wichtig ist mir aber der Hinweis, dass der „Messestandort Pirmasens“ ein nicht zu unterschätzender Wirtschaftsfaktor für die Stadt ist, auch wenn die Zeit der großen Messen vorbei ist. Neben Idar-Oberstein ist Pirmasens der einzige Messestandort in Rheinland-Pfalz und das sollten wir nicht vergessen.

Pirmasens bietet kleine, aber feine Messen an, die ihr Publikum anziehen und auch weit über die Stadt hinaus bekannt sind. Daneben finden in dem Gebäude unzählige weitere beliebte Veranstaltungen statt.

Wenn die Sanierungsmaßnahmen abgeschlossen sind, werden wir in der Lage sein, weitere Einnahmen über Vermietungen in einer Größenordnung von rd. 140.000 Euro jährlich zu erzielen. Demgegenüber drohen bei einer Aufgabe der Messe Rückzahlungen von Fördergeldern in immenser Höhe. Wir sollten deshalb zum Messestandort Pirmasens stehen.

Damit habe ich Ihnen die wichtigsten Eckdaten zum Doppelhaushalt 2020/21 erläutert und bin am Ende meiner Rede angekommen.

Lassen Sie uns gemeinsam die positive Entwicklung von Pirmasens im Blick behalten und die Stadt weiter voranbringen. Wir sollten gemeinsam mit einer Stimme für eine bessere Finanzausstattung streiten, damit nicht nur die Pflichtausgaben im Sozialetat abgedeckt sind, sondern künftig auch wieder Spielräume bestehen für die Stadtgestaltung und gesellschaftliche Entwicklungen.

In diesem Sinne bitte ich um Ihre Unterstützung und Zustimmung zu diesem Haushalt.

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.“

Es folgen die Reden zum Haushalt 2020/2021 der Fraktionsvorsitzenden.

Ratsmitglied Sheriff verliest die Haushaltsrede:

“Wir wollen heute den Doppelhaushalt 2020/2021 verabschieden. Keine leichte Aufgabe, wenn man sich die Zahlen im Einzelnen ansieht
Die finanziellen Randbedingungen bleiben auch in den nächsten zwei Jahren schwierig. Umso wichtiger ist es, die richtigen Weichen zu stellen und die knappen Mittel in zukunftsweisende Projekte zu investieren.

Zwar gibt es positive Entwicklungen mit Steuermehr- Einnahmen von rund zwei Millionen € oder die Verbesserung des Abschlusses beim Jobcenter um 600 000 Euro.
Diese können aber die steigenden Fehlbeträge, sinkenden Schlüsselzuweisungen und steigenden Ausgaben aufgrund neuer Aufgaben bei weitem nicht auffangen.

Es wird immer deutlicher, dass wir als Kommune eine bessere Finanzausstattung über den kommunalen Finanzausgleich brauchen, um die von uns zu leistenden Aufgaben erledigen zu können.

Dies trifft im Besonderen auf den sozialen Bereich zu. Hier werden in den nächsten Jahren weitere Herausforderungen zu bewältigen sein.

Die Umsetzung des neuen Kita-Gesetzes z. B. erfordert der Umbau vieler Kitas und nach ersten Planungen muss von einer Personalsteigerung von rund 30 Stellen ausgegangen werden.

Im Koalitionsvertrag wurden viele Projekte vereinbart, die Investitionen in die Zukunft der Stadt bedeuten.

Diese werden im Doppelhaushalt 2020/21 nachvollzogen und konkretisiert.

So sind im Teilhaushalt 2 mit der Umsetzung des Gebäudemanagements dringend notwendige Klimaschutzmaßnahmen geplant. Beispielsweise wird in Schulen und Kitas der Sonnenschutz modernisiert. Hier müssen sinnvolle Projekte zur passiven Sonnenenergienutzung folgen.

Die Planung alte Fahrzeuge durch zwei E-Autos zu ersetzen, ist ein erster Schritt in die richtige Richtung. Weitere Maßnahmen müssen folgen.

Es muss noch viel mehr investiert werden, damit Pirmasens möglichst bald klimaneutral ist. Im Koalitionsvertrag wurde vereinbart, dass dies spätestens 2030 erreicht werden muss. Wir werden intensiv daran arbeiten, dieses Ziel einzuhalten und wenn möglich früher zu erreichen.

Im Haushalt sind 2020 Investitionen in Höhe von rund 27 Millionen und 2021 in Höhe von rund 20 Millionen geplant.

Besonders die Investitionen in die Schulgebäude sind uns an dieser Stelle wichtig. Der Bildungsstandort Pirmasens muss gesichert werden, die Gelder aus dem Digitalpaket müssen sinnvoll investiert werden und über die Schulentwicklungsplanung muss es eine sinnvolle Abstimmung mit den uns umgebenden Kommunen geben.

Wir befürworten hier insbesondere die Fassadensanierung am Hugo-Ball-Gymnasium.

Die Weiterführung unseres Straßenausbauprogramms unter Einbeziehung eines neuen Verkehrskonzeptes, ist für die Entwicklung der Stadt enorm wichtig.

Hier gilt es buchstäblich neue Wege zu denken und zu gehen.

Mobilität darf sich in Zukunft nicht mehr nur auf das Auto beschränken. Hier gilt es dringend aufzuholen und deshalb sind wir dafür, den ÖPNV zur Pflichtaufgabe für Kommunen zu machen und die Kommunen entsprechend finanziell auszustatten.

Ein Radwegekonzept muss erstellt werden und die Bedürfnisse von Fußgängern müssen bei der Verkehrsplanung konsequent mitgedacht werden.

Zum Thema Car-Sharing hat die Verwaltungsspitze ja schon gute Ideen entwickelt.

Die Stadtentwicklungsprojekte im Winzler Viertel, in der Innenstadt und auf dem Horeb sind im Doppelhaushalt mit rund 4,6 Mio. Euro veranschlagt.

Wichtig dabei ist, dass dabei soziale und wirtschaftliche Belange gleichwertig berücksichtigt werden.

Auch das Thema Klimaschutz wird z.B. über die Förderung energetischer Sanierungen mitgedacht – ein weiterer Schritt zur Klimaneutralität.

Eine weitere wichtige Investition in die Zukunft stellt für uns die Neugestaltung des Jugendhauses in der Joßstraße dar.

Es wird Zeit, dass freie Jugendarbeit wieder in einem geeigneten Raum stattfinden kann.

Die Investitionen führen zwar zu neuen Schulden. Im Doppelhaushalt ist eine nicht unerhebliche Nettoneuverschuldung veranschlagt.

Dies ist uns durchaus bewusst – die Investitionen müssen dennoch getätigt werden.

Wir dürfen und können uns keinen Stillstand leisten!

Wir werden die Änderung in der Haushaltssatzung, insbesondere die Erhöhung der Grundsteuer B auf 480 Punkte mittragen. Die ADD hat angekündigt, dass der Haushalt ansonsten nicht genehmigt werden kann. Damit wäre die Handlungsfähigkeit der Stadt gefährdet und wir wären gezwungen freiwillige Leistungen zu streichen.

Eine Stadt ohne Kultur, Büchereien, Sportförderung etc. kann niemand wollen!

An dieser Stelle möchte ich mich für die Vorbereitung der Haushaltsgespräche durch die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Verwaltung bedanken. Alle unsere Fragen wurden zeitnah und umfassend beantwortet.

Die Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen wird dem Doppelhaushalt 2020/21 nebst Anlagen zustimmen.

Ratsmitglied Sefrin verliest die Haushaltsrede:

„Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister Zwick, sehr geehrte Damen und Herren,

bei der Durchsicht des Doppelhaushaltes 2020/21 kann man in Bezug auf unsere Finanzsituation schlicht vermelden „im Südwesten nichts Neues!“

Defizite sind zur Normalität geworden!

Mich beschleicht das Gefühl, dass wir abstumpfen, da wir seit Jahren mit Defiziten leben, rund 17 Millionen pro Jahr in diesem Doppelhaushalt, ist das etwa „nicht schlimm?“

500 Millionen €, eine ½ Milliarde an aufgelaufenen Defiziten im Sozialhaushalt und deshalb ein über 400 Millionen aufgebauter Schuldenberg, der über Kassenkredite finanziert werden muss. Dank der andauernden Niedrigzinsphase führt uns dies noch nicht in die finanzielle Eskalation, es wird aber immer dramatischer!

Eine verfassungsrechtlich garantierte Erhaltung der kommunalen Selbstverwaltung sieht allerdings anders aus!

Denn unsere Defizite sind nicht hausgemacht!

In diesem Zusammenhang verweise ich auf meine Haushaltsreden der letzten 15 Jahre, denn deren Inhalte sind aktueller denn je und zeigen, warum wir finanziell dort sind, wo Piramasens ist:

- Von Bund und Land aufoktroyierte Pflichtaufgaben, insbesondere im Sozialbereich
- 32,5 Mio. in 2020 und 33,6 Mio. in 2021 Defizite nur im Sozialetat, d.h. so hohe ungedeckte Defizite im Sozialhaushalt wie niemals zuvor!
- Dabei bleiben 17,1 Mio. in 2020 und 15,7 Mio. in 2021 Defizite im Gesamthaushalt
- Kritisch sind die weiterhin zurückgehenden Schlüsselzuweisungen um ca. 5 Mio. Euro, d.h. wer bestellt, bezahlt nicht!
- Entschuldungsfond wirkt zwar immer noch positiv, allerdings durch besagten Rückgang der Schlüsselzuweisungen mittlerweile weichgespült und mit verpuffender Wirkung.

Zur Erinnerung:

Im aktuellen Koalitionsvertrag der GroKo in Berlin unter der Überschrift „Stabile Finanzen für unsere Kommunen“ ist folgendes zu lesen: (Zitat)

„Die Grundgesetzlich garantierte Selbstverwaltung sichert den Kommunen die Handlungsfreiheit. Staatliche Leistungen müssen deshalb auch auf der kommunalen Ebene auskömmlich finanziert sein. Es gilt der Grundsatz: Wer eine Leistung veranlasst, muss für ihre Finanzierung aufkommen („Wer bestellt, bezahlt“). Das ist Grundsatz allen politischen Handelns der Koalitionspartner.“

Vielleicht sollten die Koalitionspartner einfach umsetzen, was sie sich selbst als Aufgabe gegeben haben!

Bei all diesen gegebenen Rahmenbedingungen stellt sich mir immer die Frage, was können wir als kleine Fraktion, als Bürger unserer Stadt tun?

Es gilt dabei zunächst die Allianz für die „Würde unserer Städte“ immer wieder zu erneuern. Den Appell an die Bundes- und Landesregierung immer und immer wieder zu wiederholen, damit sich Veränderungen zur Verbesserung der kommunalen Haushalte ergeben und Lösungen gefunden werden. Hier ist es wichtig, dass wir fraktionsübergreifend an einem Strang, gemeinsam mit den Bundes- und Landtagsabgeordneten der Region und allen politischen Verantwortlichen, ziehen.

Auf der anderen positiven Seite trotzen wir seit Jahren als Stadtgemeinschaft dieser Situation. Mit welcher Kreativität und mit welchem Fleiß beispielsweise Tag für Tag die Mitarbeiter/Innen im Sozialamt oder auch im Jobcenter arbeiten, fordert von uns den allergrößten Respekt! Das ist nicht selbstverständlich, wie wir während der Haushaltsberatungen einen Eindruck dieser Arbeit gewinnen konnten.

In diesem Zusammenhang unser Dank an die Teams von Herrn Rothhaar und Herrn Schwarz. Durch diese positive Arbeit können unter anderem die Flüchtlingskrise gemeistert und Menschen in die Stadtpolitik integriert werden. Ebenso können mit Projekten, die dem Teilhabechancengesetz entspringen, langzeitarbeitslosen Bürgern unserer Stadt neue Perspektiven aufgezeigt werden. Es heißt hier auch täglich dranbleiben und jeder noch so kleine Fortschritt ist ein Erfolg!

Flankierend dazu besteht in unserer Stadt ein gut funktionierendes Netzwerk aus Trägern und Ehrenamt, die im sozialen Bereich Großes leisten. Wäre dies nicht so, so hätten wir in den letzten Jahren nicht so viele Auszeichnungen auf Bundes- und Landesebene erhalten. An dieser Stelle möchte ich mich auch bei Frau Sabine Kober bedanken, die im Sommer aus dem Dienst ausscheidet. Denn ohne Frau Kober und ihr Team, wäre der „Pakt für Pirmasens“ nicht der strahlende Leuchtturm, der vielen Kindern in unserer Stadt ebenso neue positive Perspektiven ermöglicht.

Allianzen eingehen und Vernetzen ist das Thema und nicht „Dagegen agieren“ oder „Ausgrenzen“!

Dies gilt auch beim Thema Haushaltssatzung und Grundsteuer: Es ist zwar (natürlich) nicht zielführend, z.B. beim Thema Grundsteuer wie die ADD und das Land mit dem Holzhammer zu kommen und unseren Oberbürgermeister gewissermaßen zu einer drastischen Erhöhung zu zwingen, zumal dies erst der Anfang ist. Jetzt könnten wir wie Rumpelstilzchen uns im Kreis rotieren und zerreißen, klagen und streiten; aber wir werden dabei im Verhältnis zum Land und zur ADD nur den Kürzeren ziehen.

Beispiel: Haushalt nicht genehmigt, alle Projekte auf Eis, etc.

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister, wir werden hier Ihren eingeschlagenen Weg des konstruktiven Dialogs mit dem Land mitgehen, um in Bezug auf Steuern einen eigenen Weg z.B. als Pilotprojekt für Pirmasens zu erreichen und das Land von einer Abkehr dieser Steuererhöhungen zu überzeugen. Ich erinnere daran, wie beeindruckend wir von einem Vertreter des „Instituts der deutschen Wirtschaft“ im Hauptausschuss im vergangenen Jahr erläutert bekamen, wie sich gerade Steuersenkungen positiv auf Kommunen und ihre Finanzen auswirken können. Die dadurch entstehenden Standortvorteile können z.B. Neuansiedlungen und Erweiterungen befördern. Das angestrebte Gutachten, um dies mit Fakten zu belegen, findet unsere volle Unterstützung.

Dies alles zeigt, wie bereits auf vielfältige Weise in der Vergangenheit in Pirmasens bewiesen, dass wir mit großen Anstrengungen, trotz geringer Mittel, zukunftsfähige Politik machen können. Dies sollten und werden wir auch in der Zukunft noch mehr wagen!

Wir sind aktuell aber auch in einer Zeit der Veränderungen, eine neue Stadtspitze mit vielen neuen, positiven Impulsen, eine neue Koalition mit aus meiner Sicht erfreulich frischem Wind

und Themen, die unsere Stadt nachhaltig verändern werden und denen wir uns alle stellen, um zukunftsorientierte Lösungen zu erarbeiten. Ich will dies nun konkretisieren und unsere Meinung dazu erläutern:

„Das einzig Beständige ist der Wandel“ (Heraklit)

Für mich und ich denke, da stehe ich nicht alleine, war die komplette Erneuerung des Stadtvorstandes und dann auch noch eine neue Koalition mit anderen Gesichtern zunächst ungewohnt, als würde ich in eine neue Gegend ziehen, nicht besser, nicht schlechter, einfach anders.

Nach einigen Monaten muss ich sagen, es ist erfrischend gut, neue Impulse, neue Blickwinkel, neue Herangehensweisen in professionellem Miteinander zu erleben.

Dies tut Pirmasens gut, weil wir basierend auf einem guten Fundament nun diese neuen Perspektiven weiterentwickeln können, neu hinterfragen und unsere Stadt auf andere Art und Weise zukunftsfähig machen.

Und lassen wir dabei ruhig mal was Neues zu: denken wir quer, so wie z.B. bei der Hashtag Aktion „pirmasensation“ aus den Reihen des Stadtmarketings. Kreativ von jungen Leuten für junge Leute. Toll, wie hier von jungen Pirmasenserinnen und Pirmasensern gezeigt wird, wie sehr sie ihre Heimatstadt lieben und sich aktiv dafür einsetzen.

Hut ab, tolle Aktion – „Null Bock“ war gestern!

Vieles dabei läuft über „social media“ ab und das ist nun mal die Zukunft! Die Digitalisierung ist schon lange in aller Munde und wir kommen an den Veränderungen nicht vorbei. Vielen positiven Entwicklungen stehen aber auch die Ängste vieler Menschen entgegen, die mit den rasanten Veränderungen nicht mehr Schritt halten können. Als Beispiel: Die Kommunikation mit der Verwaltung, d.h. Kommunikationswege und Kommunikationsverhalten, wird sich weg von Angesicht zu Angesicht – hin zu einer Online-Kommunikation verändern. Die Rahmenbedingungen, das fit machen für die Zukunft und dabei die Mitarbeiter/Innen und die Bürger/Innen mitzunehmen stellen eine der Herausforderungen der nächsten Jahre dar.

Die Digitalisierung hat dabei Auswirkung auf alle Bereiche unserer Stadt, ob Stadtentwicklung, Bürger-Service, Tourismus, Image und Marketing, etc.

Nehmen wir das Einzelhandelskonzept: der Online-Handel ist nicht aufzuhalten, deshalb sind wir gefordert mit kreativen Ideen das bestehende Einzelhandelskonzept weiterzuentwickeln, weil auch hier der Wandel weiter fortschreitet.

Auch die Verwaltung im Wandel überall im Land!

Wir müssen aus unserer Sicht weiter über den Tellerrand blicken und auch hier andere Sichtweisen in Erwägung ziehen.

Der Diskussion um eine Kommunalreform dürfen wir uns nicht entgegenstellen nur um eigene Pfründe zu sichern! Es braucht hier eine offene Diskussion und eine regionale Zusammenarbeit, wie sie mit dem Landkreis Südwestpfalz und der Stadt Zweibrücken bereits begonnen hat.

Diese Zusammenarbeit beurteilen wir als durchweg positiv, hier gilt es Synergien zu nutzen, neue Potenziale zu erschließen, mögliche

Einsparungen auch zu ermöglichen und einen Mehrnutzen für die Bürger im Fokus zu halten. Wir leben ja nicht auf einer Insel, und so gut wie alle Themen, ob medizinische Versorgung, Energieversorgung, regionale Schulentwicklung, Tourismus, Marketing, Wirtschaftsförderung etc. finden unter dem Blick einer regionalen Allianz ein ganz neues Gewicht. Nehmen wir als Beispiel die touristische Entwicklung unserer Region: wer z.B. in der Jugendherberge übernachtet, wird nicht nur das Dynamikum, das Kulturforum Alte Post besuchen oder unsere tollen Premiumwege wandern, sondern unsere gesamte Tourismusregion „Waldpfalz“, die verschiedenen Einkaufsmöglichkeiten und die Nähe zu Frankreich insgesamt in den Blick nehmen.

Hier liegt noch einiges an Arbeit vor uns, um mit einem regionalen Tourismuskonzept dies alles gemeinsam zu vermarkten und die vielen Angebote, wie z.B. die Pfalz-Card für kostenlose Nutzung des ÖPNV und vergünstigte Eintritte oder die vielen Premiumwanderwege in der gesamten Region zu bündeln, transparent zu machen und nach außen zu tragen!

Dies alles macht unter einem größeren Dach deutlich mehr Sinn und kann unter dem touristischen Blickwinkel aus unserer Sicht für die gesamte Region zu einem richtig starken Motor wachsen!

Zu den Investitionen:

In den nächsten beiden Jahren stehen 47 Millionen Euro an Investitionen an, die auch gerade unsere heimische Wirtschaft stärken und wichtige Projekte unterstützen und realisieren. Hierbei sind wieder Schwerpunkte in den Bereichen

- Jugend und Bildung, insbesondere die Sanierung der Schulen
- die Fortsetzung des erfolgreichen Straßenausbauprogramms,
- neues Jugendhaus bei der Jugendherberge,
- Investitionszuschüsse an städtische Sportvereine,
- Stadtumbau Innenstadt und hier insbesondere die Entwicklung des Areals im Bereich des Projektes Schuhstadt
- Schwerpunkte im Bereich Soziale Stadt Winzler Viertel und Horeb.

Alles Projekte, die unsere volle Zustimmung erhalten.

Ich komme zum Schluss:

Mit den vorangegangenen Erläuterungen findet der Doppelhaushalt 2020/2021 unsere Zustimmung.

Als Fraktion der Freien Wähler stimmen wir ebenso der Haushaltssatzung, den Sonderhaushalten Abfall, Abwasser, dem Forstwirtschaftsplan und dem Wirtschaftsplan des Wirtschafts- und Servicebetriebes (WSP) zu.

Wir danken allen Verwaltungsmitarbeiterinnen und Mitarbeitern, stellvertretend Ihnen Frau Brand, die an der Erstellung und Erläuterung des Haushaltsplans 20/21 beteiligt waren.

Sehr geehrte Damen und Herren!

Ich danke Ihnen, dass Sie alle gemeinsam mit uns die Zukunft unserer Heimatstadt gestalten wollen!

Ich danke Ihnen, dass Sie mir zugehört haben!“

Ratsmitglied Tilly verliest die Haushaltsrede:

„Sehr geehrter Oberbürgermeister,
Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen Ratsmitglieder,

üblicherweise beginnt man eine Haushaltsrede mit nüchternen Zahlen. Beim Haushalt geht es darum, welche Gelder in der Stadt zur Verfügung stehen und wie hoch das Saldo +/- sein wird.

Dieses Mal will ich Sie auf einen gemeinsamen Spaziergang durch unsere Stadt mitnehmen.

Starten wir unseren Rundgang am Rathaus. Dort höre ich ein Klagelied. Die Stadtspitze hat offensichtlich mal wieder einen Kassensturz gemacht und das Ergebnis war offensichtlich sehr niederschmetternd.

Die nüchternen Zahlen - und ganz ohne komme auch ich nicht aus - belegen dies auf den ersten Blick erneut. Das Haushaltsjahr 2020 schließt voraussichtlich mit einem negativen Saldo von 17,1 Millionen €. Für das Haushaltsjahr 2021 können wir mit einem Fehlbetrag

von 15,7 Millionen € rechnen. Auch, dies zeigen die Zahlen, wird der größte Posten wieder der Sozialetat sein.

Wir alle wissen, dass die Kommunen, dies ist ein Problem, das wir schon seit einigen Jahren beobachten können, unterfinanziert sind.

Üblicherweise würde man dann mit der Fehlersuche bei sich selbst beginnen. Was kann ich tun, um dieses Defizit aus eigener Kraft zumindest etwas zu reduzieren? Unsere Stadtspitze macht es sich aber etwas einfacher, denn man hat ja einen Schuldigen ausgemacht. Dann kann man sich ja entspannt zurücklehnen.

Aber die hohe Schuldenlast kann nicht allein mit Verfehlungen des Landes begründet werden, ganz nebenbei die Fördermittel – sofern korrekt beantragt - nimmt man aber gerne an. Die Altschuldenproblematik ist aber ein komplexer Prozess bei dem alle Beteiligten, in diesem Falle Bund, Land und Kommunen ihr Päckchen zu tragen haben.

Hier muss, da sind wir uns alle einig, dringend eine Lösung her. Dann enden aber schon die Gemeinsamkeiten. Denn offensichtlich ist es der Stadtspitze wichtiger zu ermitteln, wer jetzt einen Lösungsvorschlag unterbreitet hat, als die Lösung selbst. Dies ist unter dem neuen Oberbürgermeister noch wesentlich stärker zu beobachten als dies in der Vergangenheit der Fall gewesen ist. So werden neuerdings Resolutionen nicht mehr im Ältestenrat vorbesprochen um dann, dies ist ja eigentlich der Sinn einer Resolution, von einer großen Mehrheit getragen zu werden. Nein hier setzt man wieder nur Parteipolitik - durch. Schwerpunktsetzung mangelhaft!

Ich hoffe aber für unsere Stadt, dass man endlich den Schwerpunkt richtig setzt und zu Lösungen kommt. Dazu müssen alle Parteien an einem Strang ziehen. Angesichts der prekären Lage wird es auch höchste Zeit, aber ich bin optimistisch, dass eine Altschuldenlösung kommen wird.

Stichwort falsche Schwerpunktsetzung: Das konnte man auch an dem Vorstoß der Stadtspitze einen EIGENEN Impuls zur Verschuldung zu setzen klar und deutlich erkennen. Ein Experte des Instituts der deutschen Wirtschaft präsentierte das von der Stadtspitze gewünschte Ergebnis bereits im Hauptausschuss. Es geht um die Hebesätze der Grund- und Gewerbesteuer. Hier will man sich von einem Gutachter bescheinigen lassen, dass man mit einer Senkung der Hebesätze einen entscheidenden Impuls zur Belebung der Stadt setzen könne. Ein entsprechendes Vorabergebnis wurde uns schon präsentiert. Als positives Beispiel wurde die Stadt Monheim im Ruhrgebiet genannt. Dies mag zwar richtig sein, man lässt dabei aber auch einiges außer Acht. Die Stadt Monheim liegt im Herzen des Ruhrgebietes und hat durch die Verkehrsanbindung eine ganz andere Infrastruktur.

Hinzukommt, dass die Stadt Monheim sich sanieren konnte, dies aber zu Lasten der Nachbarkommunen. Es ist schon mehr als befremdlich, wenn der Oberbürgermeister den Schulterchluss mit Landkreis und Stadt Zweibrücken propagiert, nur um dann im nächsten Moment ein Alleingang zu machen und sich selbst auf Kosten der Nachbarn zu sanieren. Herr Zwick, Solidarität ist keine Einbahnstraße!

Nachdem wir jetzt lange genug am Rathaus waren, laufen wir weiter Richtung Alleestraße. Dort können wir, schon von weitem sichtbar, eine Großbaustelle bestaunen. Diese werden wir aber noch länger „bewundern“ dürfen. Grund dafür ist die unsägliche Schulrochade. Wir alle wissen es, im Jahre 2012 wurde, auch mit Stimmen der SPD das ist korrekt, der Schulrochade zu gestimmt. Dies galt vor dem Hintergrund, dass der groß angekündigte Sanierungsprozess bereits 2017 abgeschlossen sein sollte. Davon sind wir immer noch weit entfernt.

Bei der Landgraf Ludwig Realschule Plus in der Alleestraße hat sich der ursprüngliche Kostenansatz inzwischen fast vervierfacht. Dass die Kosten nicht noch höher sind, liegt einschließlich und allein daran, dass man einen gewissen Wert nicht überschreiten darf, um den Denkmalschutz nicht zu gefährden. Nein wir dürfen dann auch noch feststellen, wenn man sich den Investitionshaushalt genau anschaut, dass hier eine Kürzung der Fördermittel in Höhe von 35 %, dies macht fast 3 Millionen € aus, ins Kontor schlägt. Schlicht und ergreifend deshalb, weil man der Instandhaltungspflicht nicht nachgekommen ist. Dies ist ein Grund sich zu schämen!

Ein weiteres Beispiel für die finanzielle Sorglosigkeit der Verwaltungsspitze ist die Abschaffung des ehrenamtlichen Beigeordneten. Seit Jahren haben wir dies gefordert, was seitens der Verwaltung immer mit dem Hinweis abgelehnt wurde, es seien so viele Aufgaben zu erfüllen. Dies könne nur mit einem ehrenamtlichen Beigeordneten sinnvoll bewerkstelligt werden. Aber siehe da mit einem neuen Koalitionspartner ist es auf einmal möglich und problemlos werden die Dezernate auf drei Hauptamtliche verteilt.

Dies zeigt, dass in der Vergangenheit nicht der Arbeitsaufwand Grund für den ehrenamtlichen Beigeordneten war, sondern allein das Zuckerl für den Koalitionspartner FWB, ein weiteres Beispiel für Klientelpolitik unserer Stadtspitze. Dies braucht man aber jetzt nicht mehr, da die Koalitionspartner ohnehin nicht mehr eigenständig und nur noch Mehrheitsbeschaffer sind.

Von der Alleestraße laufen wir die Nagelschmiedsbergterasse runter in die Fußgängerzone. Hier können wir sehen, dass sich einiges zum Positiven entwickelt hat. Stichwort Schusterbrunnenquartier, geplantes Schuhoutlet. Dies geht aber alles auf Initiative von Privaten und Ehrenamtlichen in der Stadt zurück. Impulse unserer Stadtspitze? Fehlanzeige. Nein ich erinnere mich noch daran, als die Stadtgalerie vorm Scheitern stand der Alt-OB vollmundig behauptete, dies mache überhaupt nichts. Wenn es mit der Stadtgalerie nichts werde habe man bereits einen Masterplan für die Innenstadt in der Schublade, den man nur noch rausholen müsse. Offensichtlich klemmt diese Schublade gewaltig.

Hat man dann durch Zufall mal eine Idee wie die Gastronomie im Alten Rathaus, sind dies Luftschlösser, die von Anfang an zum Scheitern verurteilt sind.

Wenn wir schon in der Innenstadt sind, fällt mir der nächste Taschenspielertrick der Stadtspitze ein. Die Leerstände. Wenn man wieder Jubelbotschaften verkünden möchte, haben sich die Leerstände deutlich reduziert. Andererseits kann man angesichts der hohen Leerstände die Hebesätze nicht erhöhen. Was denn jetzt???

Von der Fußgängerzone führt uns unsere Tour weiter zur Alten Post. Die schöne Architektur und den Veranstaltungskalender vor Augen muss man unweigerlich an den Bereich Kultur denken. In der vergangenen Legislaturperiode hatten wir einen Antrag gestellt, den Kulturbereich auf neue Füße zu stellen. Dieser Antrag wurde vom Alt-OB entschieden zurückgewiesen, da man hier die Führung durch den aktuellen Leiter dringend brauche. Offensichtlich fand man diese Idee aber gar nicht so schlecht, denn wie ist es anders zu erklären, dass der neue Beigeordnete, gerade die Position des Leiters seinem großen Sommerinterview zu seinen Vorstellungen im Bereich Kultur zur Disposition stellt. Schade auch hier war wohl wieder die Parteipolitik die Richtschnur.

Von der Alten Post geht's weiter in den Schachen und wir machen Halt am Jobcenter.

Die Zahl der Arbeitslosen versetzt einen nicht in Jubelstimmung. Zwar gibt der Leiter des Jobcenters wieder die vom Rathaus bestellte entsprechende Jubelbotschaft ab. Wenn man aber etwas hinter die Kulissen schaut und sich die Zahlen genau ansieht, stellt man fest, dass sie trotz der sinkenden Arbeitslosenzahlen sich bei dem entscheidenden Faktor, sprich

Langzeitarbeitslosen, nichts, aber auch gar nichts getan hat. Dort müsste eigentlich mit einem Rückgang der Zahlen zu rechnen sein, dies ist aber gerade nicht der Fall. Viele müssten inzwischen aus der Statistik fallen, weil sie im Rentenalter sind, dies passiert aber nicht. Hier fehlen die Erklärungen der Stadtspitze.

Aber auch beim eigenen Personal fehlen die Antworten. Bereits in meiner letzten Haushaltsrede forderte ich, dass die Stadt endlich ein passendes Personalentwicklungskonzept auf den Weg bringen soll. Scheinbar ist man hier lernfähig ein solches Konzept wurde auf den Weg gebracht. Ob dies dann auch Früchte tragen wird, wird sich zeigen. Was aber nach wie vor fehlt, ist offensichtlich ein Personalverwaltungskonzept. Die Überstunden haben sich zwar von 32.000 auf 29.000 reduziert. Das sind aber immer noch zu viele. Bezogen auf einen Beschäftigten hieße dies: Freizeitausgleich über mehr als 15 Jahre. Natürlich ist dieses Beispiel unzulässig, verdeutlicht aber die Problematik. Lösung? Nicht in Sicht. Überstunden, die dann bei einem Mitarbeiter reduziert werden, schlagen dann bei anderen Mitarbeitern zu buchen, dies kann für die Mitarbeiter nicht gut sein. Ungeachtet der geübten Kritik: dank an Kämmeri und auch die übrigen Mitarbeiter der Verwaltung, die stets bereit waren unsere Nachfragen zu beantworten und Defizite in der Darstellung zu beheben.

Auf dem Weg zurück, kommen wir an der TVP – Halle vorbei. Dort wird seit Jahren ein Neubau für die alte Sporthalle versprochen, auch mit der Betonung, wie wichtig die Halle auch für den Schulsport sei. Passiert ist nichts. Wird in diesem Jahrzehnt wohl auch nicht. Ein Schlag ins Gesicht der Ehrenamtlichen. Die leise Hoffnung des Sitzungspräsidenten bei der Jockelei, man sei optimistisch schließlich habe man keine Architekten aus Berlin genommen, kann ich nicht teilen. Das Konzept zur Schulsanierung zeigt, dass man in puncto Bauverzögerung auch hier sehr gut mit Berlin mithalten kann.

Welch unverlässlicher Partner die Stadt ist, zeigt auch unser letzter Stopp vor der Messehalle. Wir halten an der Stadtbücherei. Dort hat man seit Jahren versprochen, dass die Stadtbücherei neue Räumlichkeiten bekommt. Dabei war von verschiedenen Standorten, z.B. Schuh Outlet, die Rede.

Daraus geworden ist nie etwas. Es ist eine Schande wie die Stadt mit diesem toll funktionierenden Kleinod – Einem Platz der Ruhe, Bildung und Begegnung - umgeht, der so wichtig wäre in unserer Stadt.

Damit endet unser kleiner Rundgang, bei dem wir sehen konnten, dass seitens unserer Verwaltungsspitze ausschließlich eigene Interessen beachtet werden und man die Augen vor drängenden Problemen unserer Stadt verschließt – ob bewusst oder unbewusst sei dahingestellt. Einem solchen Haushalt kann und darf man nicht vertrauen, weshalb wir diesem Haushalt die Zustimmung verweigern werden.

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit“

Ratsmitglied Eschrich verliest die Haushaltsrede:

„Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister Zwick,

sehr geehrte Damen und Herren,

ein Zwerg wird nicht größer, auch wenn er sich auf einen Berg stellt, sagte Seneca vor 2000 Jahren. Pirmasens liegt sogar auf 7 Bergen und trotzdem wird es nicht größer, besser, schöner, als es tatsächlich ist, mag man sich dies auch noch so sehr wünschen. Politische Wünsche, Hoffnungen und Träume sind solange in Ordnung, wie sie als solche erkennbar sind.

Werden sie als Wahrheit verkauft, geraten sie zur peinlichen Selbstüberhöhung. Wenn mindestens ein Viertel der Stadtbevölkerung teilweise generationenübergreifend im Armutskeller sitzt und in der Zeitung liest, die Stadt befinde sich auf einem guten Weg und im Aufschwung, was werden die wohl denken? Leute denken und sprechen über Pirmasens schlecht, weil es ihnen tatsächlich schlecht geht, nicht weil sie sich schlecht fühlen. Warum das Sein das Bewusstsein bestimmt, kann man bei einem anderen bekannten Philosophen nachlesen.

An der wirtschaftlichen und sozialen Situation der Stadt Pirmasens hat sich in den letzten Jahrzehnten grundsätzlich nichts geändert. Wir halten seit 1997 die rote Laterne bei der Arbeitslosigkeit in Rheinland-Pfalz, Kinder- und Altersarmut nehmen zu, die Verschuldung steigt, letzter Platz bei der Wirtschaftskraft der Kreise und Städte in der Bundesrepublik. Dazu kommen geringe Lebenserwartung und Bevölkerungsschwund. Ohne Zweifel gehört es gerade in schwierigen Zeiten zu den Aufgaben eines Oberbürgermeisters Zuversicht und Tatkraft auszustrahlen und die Bürgerinnen und Bürger zu gemeinsamen Kraftanstrengungen zu motivieren. Gerät es aber zur platten Schönfärberei, wird dies schnell als politische Marketingaktion erkannt. In den letzten 10 Jahren gab es eine wirtschaftliche Aufschwungsphase verbunden mit einem Rückgang der Arbeitslosigkeit und Mehreinnahmen des Staates. Davon profitierte auch die Region Südwestpfalz, wenn auch nur unterdurchschnittlich. Insofern vollzog sich in Pirmasens eine völlig unspektakuläre Entwicklung wie im restlichen Bundesgebiet auch. Wirtschaftswissenschaftler gehen inzwischen jedoch davon aus, dass sich das Wachstum in den kommenden Jahren deutlich abschwächt. Wo sollte also der Aufschwung herkommen, Herr Oberbürgermeister? Selbst in den vergangenen guten Jahren haben Ihr Vorgänger und Sie es nicht geschafft, das sinkende Schiff wieder flott zu machen. Deshalb sollte man bei zukünftigen Neujahrsreden vielleicht einen Gang zurückschalten.

Sehr geehrter Herr Bürgermeister Maas,

wir wünschen Ihnen viel Erfolg bei der Umsetzung der UN-Nachhaltigkeitsziele, an deren erster Stelle die Armutsbekämpfung und die Schaffung von gleichwertigen Lebensverhältnissen stehen. Die Aufnahme der UN-Nachhaltigkeitsziele in das Handlungsprogramm des Biosphärenreservats Pfälzerwald-Nordvogesen des Bezirksverbandes, geht im Übrigen auf eine Initiative der LINKEN im Bezirkstag aus dem Jahr 2017 zurück. Wenn die Bemühungen der Stadtverwaltung Pirmasens für eine nachhaltige Stadtentwicklung mehr als Marketing und Imageverbesserung sein sollen und mehr gewonnen werden soll, als von der Großindustrie und Konzernen gesponserte Preise, müsste der Pirmasenser Stadtrat allerdings seine Ablehnungsfront gegen konkrete Verbesserungen in diesen Bereichen aufgeben. Der Handlungsspielraum der Kommunen bei der Jahrhundertaufgabe Nachhaltigkeit ist eh gering. Wenn man aber sämtliche sozialen Projekte, die tatsächlich auf der kommunalen Ebene zu entscheiden und durchzuführen sind, seit vielen Jahren konsequent ablehnt oder ignoriert, setzt man sich dem Vorwurf der Spiegelfechtereie und Vortäuschung falscher Tatsachen aus.

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister Zwick,

sehr geehrte Damen und Herren,

zum Haushaltsentwurf selbst ist nicht viel zu sagen, wir bedanken uns bei den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Stadtverwaltung für die Aufstellung des Zahlenwerks. Inhaltlich ist es nicht mehr, als der buchhalterische Ausdruck der Mangelverwaltung wie in den letzten Jahren auch. Die Aussagekraft und voraussichtliche Haltbarkeit der hier dargelegten Einnahmen und Ausgaben kann man daran ablesen, dass bereits bei der Vorstellung des Haushaltsplans die ersten Nachträge angekündigt wurden, sind wir gespannt, wie viele Nachtragshaushalte es dieses Mal werden. Die Argumente für die Einführung von Doppelhaushalten sind jedenfalls widerlegt. Rechtzeitig zum OB-Wahlkampf und zur Verabschiedung von Michael Schieler als Finanzdezernent wurde nach allen Regeln der Kunst die Mär

vom ausgeglichenen Haushalt und für 2018 das erste Haushaltsjahr ohne Neuverschuldung als Durchbruch verkündet. Die Verringerung des Defizits wurde damals auf einer Pressekonferenz öffentlichkeitswirksam ausgeschlachtet, bevor die Ratsmitglieder aus der Zeitung erfuhren, dass es einen neuen Haushaltsentwurf gibt. Heute, ein Haushaltsjahr später, ist das alles Schnee von gestern und endgültig als Wahlkampfgetöse und Abschiedsgeschenk für Michael Schieler entlarvt. Heute wächst er wieder, der Schuldenberg, im defizitären Ergebnishaushalt von 13 Millionen 2018 auf 17 Millionen in 2020 und die Nettoneuverschuldung von 2,5 Millionen in 2019 auf 5,2 Millionen im Jahr 2021 bei den Investitionen.

Das Profilierungsgehebe unserer beiden Bundestagsabgeordneten aus der Schrumpf-Groko in Sachen Entschuldung der Stadt Pirmasens ist putzig und hätte das Zeug bei Dieter Nuhr verbraten zu werden. Kaffeetrinken bei Olaf oder Horst reicht inzwischen für eine Jubelmeldung aus. Ganz in den Hintergrund gerät dabei, dass dieses Land seit 15 Jahren von CDU und SPD regiert wird und diese Parteien die maßgebliche Verantwortung dafür tragen, dass den Städten und Gemeinden in Deutschland das Wasser bis zum Hals steht. Appelle, Bündnisse und Resolutionen gibt es wahrlich genug. Die Menschen auf der Straße haben endgültig die Schnauze voll von pseudopolitischen Aufführungen und Laber-Runden. Aber offensichtlich haben einige den Schuss immer noch nicht gehört. Wenn wir Demokratie und Rechtsstaat nicht endgültig den rechten Rattenfängern zum Fraß vorwerfen wollen, dann müssen nun endlich Lösungen und keine weiteren Papierchen auf den Tisch! Und wer dann die Erfolgsmeldung an die Presse gibt, ist mir persönlich völlig egal.

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,

wie Sie wissen, unterstützt unsere Fraktion die Klagen der Stadt Pirmasens gegen das Land für eine angemessene Finanzausstattung. Das Land Rheinland-Pfalz hat das strikte Konnexitätsprinzip im Jahr 2004 in die Verfassung aufgenommen. Von der Aufgabenübertragung haben Bund und Land ausgiebig Gebrauch gemacht, nicht jedoch von der Übertragung der entsprechenden finanziellen Mittel. Die Schulden der Stadt Pirmasens gehen zu 80 Prozent auf Defizite im Sozialhaushalt zurück. Größter Brocken sind die Folgekosten der seit Jahrzehnten anhaltenden Massenarbeitslosigkeit. Beispielsweise bezahlt der Bund durchschnittlich nur 30 Prozent der Unterkunftskosten von Sozialleistungsbeziehern. Der Rest bleibt an den Kommunen hängen. Alleine das Defizit im Sozialhaushalt betrug in den letzten Jahren durchschnittlich 30 Millionen Euro pro Jahr und steigert sich in den kommenden Haushaltsjahren auf 35 Millionen. Rein formal betrachtet erhält die Stadt Pirmasens ihre Zuweisungen für soziale Pflichtaufgaben aus dem Landeshaushalt. Dies ist aber nur die halbe Wahrheit. Bei der politisch motivierten Dresche für die SPD-geführte Landesregierung geht leider allzu gerne vergessen, dass die Sozialgesetzgebung Bundesangelegenheit ist und nach dem Verursacherprinzip letztendlich die CDU-geführte Bundesregierung für die Defizite in den kommunalen Haushalten zuständig ist. Dass in der öffentlichen Debatte fast ausschließlich die Landesregierung an den Pranger gestellt wird, hat Gegenreaktionen hervorgerufen. Über den landeseigenen Exekutor ADD und den Landesrechnungshof holt die Landesregierung nun zum Gegenschlag aus. In Worms wurde der Oberbürgermeister von der Kommunalaufsicht genötigt, einen demokratisch gefassten Beschluss des Stadtrates aufzuheben und gegen den erklärten Willen der gewählten Mandatsträgerinnen und Mandatsträger eine Erhöhung der Grundsteuer durchzusetzen. Im Bezirkstag sollte nach dem Willen des Landesrechnungshofs eine Erhöhung der Verbandsumlage um 6 Millionen durchgedrückt werden. Dem Wormser Oberbürgermeister wurde bei Zuwiderhandlung die persönliche Haftung angedroht, dem Bezirksverband Pfalz die Auflösung als Ausweg angeboten.

Sehr geehrte Damen und Herren,

mit dieser Vorgehensweise wird die grundgesetzlich garantierte kommunale Selbstverwaltung ausgehebelt und Stadträte und Kreistage entmündigt. Für den fortgesetzten Verfassungsbruch und die Kosten des Arbeitsplatzabbaus in der Wirtschaft bedient man sich finan-

ziell bei den Schwächsten, während Konzerne, Reiche und Besserverdienende auch zukünftig weder eine Vermögensteuer, noch ein Ende der Steuervermeidung in Milliardenhöhe befürchten müssen. Das ist eine Politik der Feigheit. Die Ungleichheit wächst, Vermögen konzentriert sich in immer weniger Händen, Gewinne werden privatisiert und Kosten sozialisiert. Das Prinzip, die Letzten beißen die Hunde, hat sich offensichtlich endgültig durchgesetzt.

Die Stadtratsfraktion DIE LINKE – PARTEI wird sich weder den Erpressungsversuchen der Kommunalaufsicht beugen, noch den Steuerdumpingplänen der Stadtführung auf Kosten anderer Kommunen folgen. Das ist ein grundsätzlich falscher Weg, denn er führt zu einem ruinösen Konkurrenzkampf zwischen den kommunalen Gebietskörperschaften. Die Gewerbe- und Grundsteuer unterliegen der kommunalen Selbstverwaltung und gehören zu den wichtigsten Einnahmequellen der Städte und Kreise. Es spricht auch nichts dagegen, wenn Gewerbetreibende und Hausbesitzer angemessen an der Finanzierung des Gemeinwesens beteiligt werden. Die Hebesätze sollten sich an den Durchschnittswerten orientieren. Jede Abweichung von diesem Prinzip führt zur Entsolidarisierung und politischen Zersplitterung der kommunalen Landschaft.

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,

sehr geehrte Damen und Herren,

kommen wir zur Stadtpolitik. Als im Jahr 2012 die sogenannte Schulrochade auf den Weg gebracht wurde, standen im Mittelpunkt die weiterführenden Schulen, insbesondere das Gebäude des Hugo-Ball Gymnasiums, das auf der Abschlusliste stand und deshalb erhebliche Proteste bei Schülern und Eltern hervorgerufen hat. Zu Recht. Heute, 8 Jahre danach, spricht kein Mensch mehr vom Umzug des Gymnasiums. Noch ganze Schülergenerationen werden im Fahrschen Wald ihr Abitur ablegen. Also Schwamm drüber? Mitnichten! Die Panik und Verunsicherung wurde von der Stadtverwaltung in Kauf genommen, weil man dringend noch eine Luftbuchung für den Kommunalen Entschuldungsfonds brauchte! Da kamen die 500.000 Euro, die man an Unterhaltungskosten für das Gebäude einsparen wollte, gerade Recht. Schließlich ist der KEF, eine Pirmasenser Erfindung, zwar sinn- und wirkungslos, aber Teilnehmen war natürlich Pflicht, sonst hätte das Ego der Erfinder ja Schaden nehmen können. Die ursprünglichen Stadtratsbeschlüsse zur Schulrochade sind durch jahrelange Verzögerungen, diverse Um- und Neuplanungen, falsche Ausschreibungen und eine gigantische Kostenexplosion bei der Umsetzung nur noch Makulatur. Bis der Millionen verschlingende Schulwanderzirkus in ferner Zukunft abgeschlossen sein wird, werden sich Schulgesetz und Schullandschaft wohl noch einige Male geändert haben. Ob das Ganze dann noch irgendeinen Sinn macht oder völlig daneben liegt, bleibt abzuwarten. Wen kümmert's, die meisten Verantwortlichen und Abnicker sind dann längst in Pension.

Bleiben wir noch kurz bei den städtischen Großprojekten. Stadtgalerie, Exe-Galerie und Bahnhofsstraßen Kolonaden haben das Entwurfsstadium nie verlassen, dafür umso mehr Wellen verursacht und Enttäuschungen hinterlassen. Der heutige Zustand der Fußgängerzone und des Einzelhandels geht zu großen Teilen auf die Ignoranz der politisch Verantwortlichen zurück, sich mit der Realität statt mit Luftschlössern zu beschäftigen. Schon bei der 5 Jahre andauernden Hängepartie um das Projekt Stadtgalerie lautete die entscheidende Frage: Wer soll dort eigentlich einkaufen? Sich zu vergegenwärtigen, dass ein Großteil der Pirmasenser statt Markenklamotten gerade das Lebensnotwendigste kaufen kann und andere schon das Wurstbrot gefressen haben, bevor der Pirmasenser Stadtrat überhaupt an Wurstbrot gedacht hat, passte nicht ins Konzept. Also musste ein Gutachten her, dass das Gegenteil attestiert und die Stadtgalerie mir allerlei Zahlenwerk in die Gewinnzone halluziniert. Erstellt von Gutachtern, die kein Problem damit haben, dass sich in ihrem Portfolio alles findet, von der Bank, über private Firmen bis hin zur öffentlichen Hand. Interessenskonflikt? Noch nie gehört, wer bestellt, bezahlt und bekommt, was er braucht. Neustes Großprojekt: Die Schuhstadt. Als ich vernommen hatte, dass die Entwickler aus dem direkten Einzugsgebiet

der Stadt Pirmasens nur mit 10 Prozent des Umsatzes kalkulieren, war ich mehr als platt. Wo sollen die restlichen 90 Prozent herkommen? Wollen die hier ein alltägliches Gebrauchsobjekt, nämlich Schuhe, oder seltene Kostbarkeiten verkaufen? Wer fährt 30, 50 oder mehr Kilometer, um sich die gleichen Paar Schuhe zu kaufen, die er per Mausklick bequem von der Couch aus bestellen kann? Immerhin: Man hat erkannt, dass es in den Gelbeuteln der meisten Pirmasenser mau aussieht. Das ändert aber nichts an der Tatsache, dass außer Leuten, denen Shopping Glücksgefühle verursacht, niemand mit Verstand auf die Idee kommt für den Schuhkauf eine Tagesreise zu unternehmen, schon gar nicht dauerhaft. Und dann gibt es ja auch noch Zweibrücken, Hauenstein und diverse Fabrikverkäufe, auch in Pirmasens selbst. Das alles will man mit Marketing, Shopping-Events und unschlagbaren Angeboten wettmachen. Meinetwegen, habe nichts dagegen, wenn die regionale Investor-Bank dieses Konzept für wirtschaftlich tragfähig hält. Was aber gar nicht geht: Dass die Kasse klingeln soll auf Kosten der Verkäuferinnen, die sich an 40 Sonntagen für wenig Geld die Füße platt stehen müssen! Dass die grundgesetzlich geschützte Sonn- und Feiertagsruhe immer weiter ausgehöhlt wird! Dass die hehren Worte von der Vereinbarkeit von Familie und Beruf keinen Pfifferling wert sind! Dass am Sonntag die Blechlawinen durch Pirmasens rollen und den Menschen hier vor Ort das letzte bisschen Lebensqualität am freien Sonntag rauben! Bleiben wir noch kurz bei den Blechlawinen. Gerade wird für teuer Geld eine Verkehrsplanung erstellt, die genau das Gegenteil erreichen will; die erreichen will, dass bei den Auto fixierten Pirmasensern endlich der Groschen fällt; die erreichen will, dass eine Stadt nicht für Autos, sondern für Menschen da ist. Bestürzt hat man bei den runden Tischen zur Kenntnis genommen, dass Pirmasens mit 77 Prozent PKW-Verkehr eine weitere traurige Spitzenposition neben all den anderen hält. Dann sind wir mal gespannt, wie die politisch Verantwortlichen dies unter einen Hut bringen wollen.

Thema Gesundheitsversorgung: Treffen die Prognosen der mit der Datenerhebung und Ärzteakquise beauftragten Medi-Südwest GmbH zu, gehen in den kommenden zwei Jahren 77 Prozent aller niedergelassenen Ärztinnen und Ärzte in den Ruhestand, davon mehr als 80 Prozent ohne Nachfolger. Im März 2019 hieß es auf einer Infoveranstaltung, es sei nicht 5 vor, sondern bereits 10 nach Zwölf. Die großspurig angekündigte Allianz gegen den Ärztemangel hat bisher nichts zustande gebracht. Auf öffentliche Kritik reagiert man dünnhutig und versucht mit absurden Erfolgsmeldungen zu punkten. Dass Dr. Funda der Nachfolger des verstorbenen Dr. Krämer als Chef im Praxisteam geworden ist, dem er bereits seit Jahren angehörte, dürfte mit dem Engagement der Allianz eher weniger zu tun haben. Dass in Waldfischbach ein neuer Kardiologe aufgemacht hat, nutzt der Oma mit Rollator vom Horeb gar nichts. Der Nachfolger von Dr. Klees geht ausschließlich auf das Engagement von Dr. Klees selbst zurück. Erstaunlich war die Reaktion auf den Fachvortrag über Ärztegenossenschaften. Noch nie habe ich in diesem Ratssaal das Wort Genosse so oft gehört wie am 19. März 2019. Die Lippenbekenntnisse hielten allerdings nicht lange. Als wir 14 Tage später unseren Antrag zur Gründung einer Ärztegenossenschaft durch die Allianz gegen den Ärztemangel eingebracht haben, wurde dies mit der Begründung abgelehnt, man solle dies den Ärzten selbst überlassen. Damit ruht der Ball wieder still auf einem Fleck im Spielfeld der Ärzte wie in den vergangenen 10 Jahren auch.

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister Zwick,

da man die Redezeiten für Haushaltsreden nach dem Motto „Hauptsache schnell rum“ auf wenige Minuten begrenzt hat, kann ich keine weiteren Ausführungen zur Stadtpolitik machen. Bis zum nächsten Haushaltsgeplänkel werden wir Sie auf jeden Fall weiter mit den Themen Armutsbekämpfung, Klimaschutz, Stadtentwicklung, Daseinsvorsorge und weiteren existenziellen Anliegen nerven. Um die Kuschelthemen mögen sich andere kümmern. Wir werden weiter das sagen, was ist.

Die Stadtratsfraktion DIE LINKE – PARTEI lehnt die Haushaltssatzung und den Doppelhaushalt ab.

Ratsmitglied Wink verliest die Haushaltsrede:

Wir Freien Demokraten möchten in unserem Beitrag zum Haushalt eine andere Seite beleuchten. Während viele, zahlreiche Forderungen – auch heute – gehört wurden, welche oft viel Geld kosten, möchten wir in diesen herausfordernden Zeiten unter anderem die Seite der Einsparungen aufzeigen.

Ein Thema, welches sich auch heute auf der Tagesordnung findet, ist die Digitalisierung. Die Stadt präsentiert hier später ein Konzept. Wichtig in diesem Bereich ist, dass die Digitalisierung als Gesamtkonzept und nicht als Einzelmaßnahme gedacht wird.

Der nationale Normenkontrollrat hat bereits 2015 in einem Gutachten festgestellt, dass Kommunen in unserer Größenordnung ca. 1.500 Prozesse durchlaufen. 10 – 20 % dieser Prozesse binden aber bis zu 80% der personellen Ressourcen. Diese Prozesse sind Kernprozesse. Deshalb müssen sich Maßnahmen auf die Prozesse optimieren und müssen dabei Anwender, Nutzer und Verwaltungsoptimiert werden.

Diese Prozessoptimierung kann dann nach der Optimierung ein durchschnittliches Einsparpotential von 34% der Verwaltungsaufwände aufzeigen. Die Investitionskosten betrug im Schnitt 14% der jährlichen IT-Kosten. Bei Personalkosten in Höhe von rund 36 Mio. EUR ergäbe sich ein beachtliches Einsparpotential.

Daher ist es nur logisch, dass nicht unterschriftspflichtige Vorgänge (Bsp. Hundeanmeldung) maximal digitalisiert werden. Es wird den Bürgerinnen und Bürgern die Freiheit und die Möglichkeit gegeben, eben diese Vorgänge bequem und einfach digital zu erledigen.

Was ausdrücklich zu begrüßen ist, ist, dass bis 2024 alle sieben allgemein- und berufsbildenden Schulen in Pirmasens mit digitaler Infrastruktur ausgestattet sein sollen. 2,4 Millionen Euro werden dank dem Digitalpakt zur Verfügung gestellt, die Stadt Pirmasens investiert 266.000 Euro. Diese Entwicklung begrüßen wir ausdrücklich, damit wir eine der Voraussetzungen für qualitativ guten Unterricht schaffen können.

Die Digitalisierung erhält so aber auch Eintritt in andere verzahnte Bereiche. So auch der Tourismus. Wir haben im letzten Rat über die Apps gesprochen. Aber auch hier muss noch offline gearbeitet werden. Wir begrüßen, dass die Stadt die Gespräche mit Landkreis und weiteren sucht. Denn durch Kooperationen entstehen nicht nur eine bessere Marktwirkung sondern auch Synergieeffekte. Ganzheitliche Angebote sparen personelle und monetäre Ressourcen im Bereich Gastgeberverzeichnis, angrenzende Gewerbe und bringen auch weitere Einnahmen, z.B. durch mehr Museumsbesuche, Besuche im Dynamikum, Jugendherberge etc.

Um all dies zu erreichen müssen wir aber auch an die Menschen denken. Nicht nur die Menschen, die in unsere Stadt kommen (sollen), sondern auch diese Menschen, die hier leben. Was können wir hier verbessern? Wie können wir diese mitnehmen? Ob jemand in einer Stadt leben will, hängt auch maßgeblich von den Möglichkeiten vor Ort ab.

Ein Thema ist hierbei natürlich die medizinische Versorgung.

Unser Krankenhaus, auch dies hatten wir im letzten Rat, ist hervorragend in seiner Qualität und Versorgung. Auf der anderen Seite haben wir aber Herausforderungen in der hausärztlichen und fachärztlichen Versorgung zu meistern. Auch hier wünschen wir uns Frei- Demokraten „mehr Zug“ im Bereich der Kooperationen, wie z.B. das Medi-Netzwerk. Auch Beratungsangebote der KV für die Kommune und für interessierte Mediziner müssen noch mehr in die Öffentlichkeit getragen und genutzt werden. Für die Zukunft wird auch die Stadt überlegen müssen, wie wir solche Projekte, auch haushälterisch, unterstützen könnten. Von der Stadt würden wir uns aber heute wünschen, den letzte Woche vom Gesundheitsministerium bei der vdek, angekündigte Prozess zur „Digitalisierung in der Medizin“ mit vorantreibt. Pirmasens hat dieses Potential. Wir sollten es nutzen. Wir wollen nicht von Robotern gepflegt werden, darum geht es nicht. Aber wir wollen Vorzeigeregion werden.

Wenn wir die Menschen denken, denken wir aber auch an Arbeit und Freizeit.

Im Bereich der Gewerbesteuer haben wir große Erfolge erzielt. Die Einnahmen stiegen. Der Bericht der Rheinpfalz mit dem Titel „Stadt macht keine neuen Schulden“ stimmte uns positiv. Dies verdanken wir unter anderem auch den guten Leistungen im Bereich der Wirtschaftsförderung. Diese bietet mit Mark Schlick ein gigantisches Angebot für Gründer/Innen, Unternehmen, neue Menschen und Fachkräfte in PS, die Kreativvitti und vieles mehr. Um diese herausragende Arbeit weiter voranzutreiben und vielleicht noch intensivieren zu können, wünschen wir uns auch weiter die personelle Aufstockung der Wirtschaftsförderung zu prüfen.

In diesem Zusammenhang wollen wir natürlich das Projekt der „Schuhstadt“ nicht vergessen. Wir begrüßen dieses Projekt voll und ganz und unterstützen natürlich mit unseren Möglichkeiten, dass dieses Projekt umgesetzt werden kann. Hier können wir Geschichte, Kultur, Wirtschaft und Menschen verbinden.

Wir Freien Demokraten haben auch im Bereich des Stadtfestes Anregungen geben.

Ein großes Fest, mit allen Akteuren, Vereinen und Ehrenamtlichen mit Ausstrahlung über die Stadtgrenzen hinweg.

Auch dies spart Geld und Ressourcen und würde Menschen, nicht nur aus der Region, anziehen.

Veranstaltungen, wie den Pfälzerwald Marathon oder den Triathlon sollten wir weiter unterstützen.

Im Bereich der Kultur haben wir vieles in Pirmasens bewegt. Eines darf ich hier noch erwähnen. Wir zählen die Wochenmärkte ein Stück weit zur Kultur und vor allem zum Teil des Stadtlebens. Deshalb müssen wir auch in Zukunft nachdenken, wie wir Beschicker intensiver einbinden.

Wenn wir Menschen denken, denken wir aber auch die Jugend.

Absolut löblich herauszuheben, sind die Maßnahmen im Bereich des Umweltschutzes. Die jüngeren Generationen legen hier bekanntlich viel Wert darauf. Die Stadt zeigt mit kleinen Maßnahmen wie sie diese Interessen, auch aus dem Koalitionsvertrag, bedient.

Weitere Einsparpotentiale ergeben sich in diesem Bereich eventuell auch aus kleinen Maßnahmen wie die weitere Überprüfung der Straßenbeleuchtungen.

Und auch die Investitionen in das neue Jugendhaus begrüßen wir ausdrücklich.

Dank den Mitarbeitern des IB und den vielen Ehrenamtlichen kann ein facettenreiches und kostenloses Angebot für Kinder und Jugendliche ermöglicht werden. Das Jugendhaus stellt eine zentrale Rolle in der offenen Kinder- und Jugendarbeit dar und bereichert unsere Stadt. An dieser Stelle ein herzliches Dankeschön an alle, die dieses Angebot ermöglichen.

Aber auch wenn wir all diese Einsparpotenziale im höchsten Maße ausreizen könnten, wäre unser Haushalt noch nicht positiv. Das wissen auch wir. Soziale Leistungen, die von Bund und Land auferlegt werden, müssen durchgehend finanziert sein.

Deshalb unterstützen wir Freien Demokraten die Stadt in ihren Bestrebungen gegenüber Bund und Land, gerade diese Leistungen vollumfänglich zu finanzieren.

Wir dürfen Entwicklungen nicht nur von Finanzierungsfragen abhängig machen, die größtenteils nicht durch die Stadt Pirmasens verursacht werden. Es gibt zwar Entwicklungen, die wir ohne großen finanziellen Aufwand voranbringen können und auch teilweise erhebliche Einsparpotentiale, aber auch dies hat Grenzen. Deshalb unterstützen wir den Grundtenor der später vorliegenden Resolution.

Im Bereich der Grundsteuer, danke ich der Stadt, dass sie den Verhandlungsspielraum der Kommunalaufsicht nach unten bewegt hat.

Wir wissen alles, dass diese gerne höhere Punktwerte gesehen hätte. Aber auch die Belastung für Eigentümer und Mieter werden hier vorläufig in Grenzen gehalten. Deshalb sollten wir auch künftig nach Wegen suchen, die solche Maßnahmen verringern können. Denn höhere Grundsteuer bedeutet höhere Mieten. Im sozialen Bereich bedeutet dies höhere Kosten der Unterkunft. Ein sogenannter Teufelskreis.

Unsere Stadt hat erhebliches Potential, welches in der Vergangenheit teilweise ausgeschöpft wurde.

Für die Zukunft weiß ich, dass die Koalition gemeinsam mit der Stadtspitze für weitere Verbesserungen einsteht. Und wir wissen es ist nicht immer einfach. Deshalb darf ich mit den motivierenden Worten von Vincent van Gogh enden: "Die Normalität ist eine gepflasterte Straße; man kann gut darauf gehen – doch es wachsen keine Blumen auf ihr."

Ratsmitglied Eyrisch verliest die Haushaltsrede:

„Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister, sehr geehrte Vertreter der Stadtspitze, liebe Kolleginnen und Kollegen,

Als Stadträtinnen und Stadträte wollen wir uns im Interesse unserer Bürgerinnen und Bürger einsetzen, wir wollen Projekte initiieren, die zum Vorteil für diese, für unsere Stadt und unsere Region sind. Wir wollen Zukunft gestalten und Perspektiven schaffen. Doch bereits seit Jahrzehnten werden wir in diesem kommunalen Selbstverwaltungsrecht grundlegend und systematisch gehindert.

Denn uns fehlen schlicht die liquiden Mittel, um zu gestalten. Die finanziellen Zuweisungen des Landes reichen bei weitem nicht aus, um die den Kommunen auferlegten Aufgaben kostendeckend zu erfüllen. Allein im Sozialbereich belaufen sich die Kosten für die von Bund und Land an die Stadt Pirmasens übertragenen Aufgaben auf rund 75 Mio. Euro jährlich. Die Zuweisungen durch das Land hingegen betragen insgesamt rund 43 Mio. Euro. Durch die grundgesetzwidrige Nichteinhaltung des Konnexitätsprinzips entsteht unserer Stadt somit ein jährliches Defizit im Sozialbereich von rund 32 Mio. Euro, die nicht durch Einnahmen ausgeglichen werden können. Der Jahresfehlbetrag für 2020 beläuft sich im Gesamtergebnis auf 17,1 Mio. Euro, die wir durch die Aufnahme neuer Schulden decken müssen. Unsere Kassenkredite steigen damit auf nunmehr 355 Mio. Euro.

Der uns vorliegende und heute zur Abstimmung stehende Haushaltsentwurf ist durch und durch von dieser unzulänglichen Finanzausstattung gekennzeichnet. Statt jedoch die Problematik systematisch anzugehen und die strukturell bedingte Verschuldung insbesondere der rheinland-pfälzischen Kommunen anzugehen, spielen sich Bund und Land weiterhin abwechselnd den schwarzen Peter zu.

Und nun hat dieses Possenspiel in der Verabschiedung der aktuellen Haushalte einen neuen Gipfelpunkt erreicht. Denn die klare Botschaft des Landes, vertreten durch seine Aufsichtsbehörde ADD, lautet: Erhöht die Abgaben und Steuern, sonst genehmigen wir den verabschiedeten Haushalt nicht. Nochmal: die Stelle, die durch strukturelle Fehler Schulden in unserem Haushalt produziert, zwingt uns als Stadtrat nun dazu, den Bürger und die Bürgerin zur Kasse zu bitten, um eben jene Schulden zu reduzieren. Die Pirmasenserinnen und Pirmasenser zahlen also die Zeche für die Unzulänglichkeiten der Politik in Mainz und Berlin.

Nun klingt die von der ADD geforderte Steuererhöhung erstmal nicht allzu dramatisch. Bei der Erhöhung des Hebesatzes der Grundsteuer B von 430 auf nun 480 Punkte entstehen Mehrkosten für ein Einfamilienhaus von maximal 50 € im Jahr. Doch das ist ja erst der erste Schritt. Wir haben gelernt und vernommen, dass die Landesbehörde durchaus auch eine Erhöhung auf 995 Punkte fordert. Was dies für unsere Stadt, die gerade erst einen tiefgreifenden Strukturwandel vollzogen hat, bedeuten würde, steht außer Frage.

Unsere Fraktion hadert aus den geschilderten Gründen sehr mit der vorgeschlagenen Erhöhung des Hebesatzes der Grundsteuer B. Doch die Gefahr eines nicht genehmigten Haus-

halts und - damit verbunden – noch tieferen Einschnitten in die Gestaltungsmöglichkeiten vor Ort, scheinen uns zu groß.

Durch einen Interimshaushalt könnte dringend benötigtes Personal in der Verwaltung nicht eingestellt werden, neue Projekte würden nicht gestartet, die im Kontext der Schulbausanierung zugesagten Mittel könnten nicht ausgegeben werden, was einem Verlust in Millionenhöhe bedeutet.

Daher haben wir uns nach ausgiebiger Diskussion in unserer Fraktion entschieden, den von der ADD geforderten Weg, also die moderate Erhöhung der Grundsteuer B, im ersten Schritt mitzugehen. Nicht, weil wir glauben, dass das Land nun von allein künftig das Konnexitätsprinzip einhält, sondern weil wir auf den von Oberbürgermeister Markus Zwick unterbreiteten Vorschlag vertrauen, in den kommenden Monaten gemeinsam mit dem Land eine objektive und wissenschaftliche Untersuchung des Sachverhalts anzugehen, der eine andere und für die Bürgerinnen und Bürger unserer Stadt bessere Perspektive bietet.

Nun konkret zum vorliegenden Doppelhaushalt 2020/2021, bei dem ich mich auf folgende Themenschwerpunkte konzentriert habe:

Der größte Teil der Investitionen entfällt in diesem Doppelhaushalt auf den Bereich Jugend und Bildung. Hier sei insbesondere das Generalsanierungsvorhaben der BBS genannt, das mit fast 11 Mio. Euro im Doppelhaushalt zu Buche schlägt. Die lange herbei gesehnte Sanierung der Landgraf-Ludwig-Realschule Plus in der Alleestraße ist mit 9 Mio. Euro kalkuliert. Beides Vorhaben, die uns im Rat schon länger beschäftigen und deren Umsetzung nicht nur wir, sondern vor allem die Schülerinnen und Schüler, deren Eltern sowie die dort beschäftigten Lehrerinnen und Lehrer lange herbeigesehnt haben. Auch die städtische Investition in die Sanierung der Pirminiuschule wird die Lehr- und Lernbedingungen der dort unterrichteten Kinder deutlich verbessern. Gleiches gilt für die zwar kleinere, aber nicht minder bedeutsame Investition ins Gebäude und den Schulhof des Hugo-Ball-Gymnasiums. Und an dieser Stelle sei mir auch die Erwähnung des Neubaus der Kita in Windsberg verziehen, der zumindest im Vorort sehnlichst erwartet wird.

Auch sehnlich erwartet wird das neue Jugendhaus in der Joßstraße, das mit rund 2 Mio. Euro im Doppelhaushalt veranschlagt wurde. Durch die Umsetzung dieser Maßnahme werden wir der offenen Jugendarbeit in Pirmasens nochmal völlig neue Möglichkeiten schaffen und sicher wertvolle Synergien mit der benachbarten Jugendherberge schaffen.

Die Höhe der Investitionen in diesem Bereich zeigen vor allem eins: nämlich dass hier in den vergangenen Jahren und Jahrzehnten zu wenig investiert werden konnte. Der Sanierungsstau ist erheblich und dessen Abbau unumgänglich. Hier spüren unsere Bürger unmittelbar das Ergebnis der leeren kommunalen Kassen. Denn wir haben schlicht kein Geld, um mehr und vor allem zeitiger zu investieren.

Eine weitere große Kostenposition im Haushalt sind die städtebaulichen Mittel für Innenstadt, Horeb und Winzler Viertel. Hier sind für 2020 und 2021 insgesamt knapp 7 Mio. Euro angesetzt. Insbesondere die in den letzten Jahren im Winzler Viertel gesammelten Erfahrungen belegen, dass die hier eingestellten Mittel völlig gerechtfertigt sind. Die Sanierung der vielen Straßen, die angestoßenen Investitionen durch private und öffentliche Bauträger und nicht zuletzt die Implementierung des sozialen Quartiersmanagements haben gezeigt, welche Potentiale in einem städtischen Quartier stecken, wenn die richtigen Anreize gesetzt werden. Hier haben wir große Hoffnungen für die beiden „neuen“ Quartiere Horeb und Innenstadt, wo ja bereits erste Maßnahmen in der Umsetzung sind.

Wichtig finden wir auch die geplanten Ausgaben für die Messehallen. Hier ist es aus unserer Sicht gelungen, durch überschaubare Investitionen ein zukunftsfähiges Nutzungskonzept des Gesamtareals aufzustellen, das einerseits den Erfordernissen eines modernen Messestandorts Rechnung trägt und Räume für unsere Pflichtaufgaben Archiv, Verkehrsschule und Schulbuchausleihe zur Verfügung stellt, andererseits aber die Wirtschaftlichkeit nicht aus

dem Blick verliert. Durch den anvisierten Umzug des Schulverwaltungsamts sowie des bereits erwähnten Archivs werden Synergien geschöpft, die zudem die Arbeitsbedingungen der in diesen Bereichen eingesetzten Mitarbeitenden verbessern. Auch das sollte nicht aus dem Blick verloren werden.

Auch ein anderes wichtiges Thema der nächsten Jahre findet sich in dem Haushalt 2020/2021 wieder, nämlich das der Digitalisierung. Da dieses eines unserer Hauptthemenschwerpunkte in der Fraktion ist, begrüßen wir dessen Berücksichtigung natürlich sehr. Als konkrete Maßnahmen sind hier die Digitalisierung der Schulen im Rahmen des Digitalpakts, das Erstellen eines Gesamtkonzepts zur Digitalisierung der Verwaltungsleistungen, das von der neu geschaffenen Stabsstelle begleitet und vorangetrieben wird, sowie die lange überfällige Überarbeitung der städtischen Website zu nennen. An dieser Stelle profitieren wir von der guten Vorarbeit im Bereich der Digitalisierung. Kaum eine Kommune kann nämlich mit einer derart guten flächendeckenden Internetversorgung rechnen, wie die Stadt Pirmasens dies kann. Und schnelle Datenverbindungen sind nun mal die Grundvoraussetzung zur Umsetzung der im Kontext Digitalisierung erforderlichen nächsten Schritte. Die Investitionen gehen hier aus unserer Sicht also in die richtige Richtung, auch wenn wir uns bei entsprechender Haushaltslage noch weitere Finanzmittel gewünscht hätten. Denn um die Mehrwerte der Digitalisierung u.a. in der Verwaltung schnell und gezielt zu heben, bedarf es aus unserer Sicht einer noch intensiveren Begleitung durch weitere Fachkräfte. Auch hier werden wir von der Kassenlage gebremst und in der Entwicklung gehemmt.

Sorge bereitet uns zudem die aktuell nicht absehbare Kostenentwicklung durch die bereits erwähnten neuen Gesetze wie z.B. dem Gute-Kita-Gesetz.

Insbesondere die erforderlichen Investitionen in die Ausstattung der Küchen und die erhöhten Personalkosten durch die durchgängige Betreuung von 7 Stunden werden sich vermutlich noch weiter negativ auf den Haushalt auswirken. In diesem Kontext bedauern wir auch sehr, dass, wie von Ihnen, Herr Oberbürgermeister Zwick, dargestellt, die bisherigen Förderungen in Höhe von rd. 1 Mio. Euro pro Jahr für z.B. Sprachförderung in Kitas künftig wegfallen werden.

Was ist unser Fazit zu dem vorgelegten Haushalt?

1. Feststellung: wir schmeißen im Haushalt kein Geld auf dem Fenster oder schwelgen im Luxus. Alle vorgeschlagenen Maßnahmen, wie die Investitionen in unsere Schulgebäude, Straßen oder das Zukunftsthema Digitalisierung, sind erforderlich, um die Infrastruktur unserer Stadt auf einem zukunftsfähigen Stand zu halten oder wieder dorthin zu versetzen.
2. Feststellung: wir müssen eine schmerzhaft Entscheidung, nämlich eine spürbare Steuererhöhung, mittragen, weil ansonsten alle geplanten Maßnahmen vom Land auf Eis gelegt werden.
3. Feststellung: es gibt immer noch immer keine fundierte Lösung für die von uns nicht verursachte Schuldenproblematik des städtischen Haushalts.

Doch trotz aller negativen Feststellungen möchte ich mit einer letzten und aus meiner Sicht fast der wichtigsten Feststellung schließen. Bei aller Schuldenproblematik und hierdurch eingeschränkter Gestaltungsspielräume muss man festhalten, dass es unserer Stadt dank ihrer Kreativität und Innovationsbereitschaft trotzdem gelungen ist, große Projekte anzustoßen und auch umzusetzen – mit der Folge, dass sich unsere Finanzen wesentlich positiver entwickeln, als man unter den gesetzten Bedingungen annehmen könnte. Die Sozialausgaben stagnieren, dank innovativer Modelle im Sozialbereich. Wir sind Vorreiter unter den Kommunen im Bereich Nachhaltigkeit und Umweltschutz und wir haben eine Bürgerschaft, die sich trotz oder vielleicht auch wegen aller Unwegsamkeiten für eine positive Zukunft unserer Stadt einsetzt. Unser Dank gilt daher eben jenen engagierten Bürgerinnen und Bürgern, den

Mitarbeitenden in der Verwaltung, die viele Projekte parallel und zeitgleich umsetzen müssen und dabei teilweise bis an ihre Grenzen oder sogar darüber hinausgehen.

Noch ein konkreter Dank stellvertretend an Sie, Frau Brand. Sie und ihr Team haben uns in gewohnt professioneller Weise durch die Haushaltsberatungen geführt. Herzlichen Dank hierfür.

Die CDU-Fraktion stimmt dem vorgelegten Haushalt 20/21 zu.“

Ratsmitglied Weber verliest die Haushaltsrede:

Sehr geehrter Oberbürgermeister Zwick, sehr geehrter Bürgermeister Maas, sehr geehrter Beigeordneter Clauer.

Und - mit großem Respekt - sehr geehrte Mitarbeiter der Verwaltung.

Auch, zum Augenblicke dürfte ich sagen, der Wahrheit letzter Schluss, ein Gruß in diesem Sinne den Kollegen, deren Gesinnungsfreunde mit Thüringen den Pudels Kern offenbart haben.

Was ist verwünscht und stets *willkommen*?

Willkommen! Zu dem Stern der Stunde, liebe Vertreter der Presse.

519.581.377,- Euro.

Das ist das Defizit der Stadt Pirmasens. Von 2001 bis 2019!

Aus Pflichtaufgaben, die nicht von Land und Bund finanziert wurden. Dazu kommen noch die entstandenen Zinsen, die bei entsprechendem Ausgleich der „Bestellung“ nicht angefallen wären.

Erschreckend, dass im Hauptausschuss Frau Eyrisch und Herr Tilly sich dahingehend einig waren, dass die Schuldigen hierbei bei Land und Bund zu suchen seien. Erschreckend deshalb, da beide wohl vergessen haben, wer schon die ganze Zeit in der jeweiligen Regierung saß!

Wenn dann, nach mehr als einer halben Milliarde, Frau Glöckner und Frau Schäfer mal aktiv werden, könnte man fast meinen, es ginge in Richtung Wahlen. Sicherlich ein gutes Thema für den kommenden Wahlkampf, sich nach zwei Jahrzehnten dafür stark zu machen und das pressegerecht in Szene zu setzen.

Sollte daraus tatsächlich eine Entschuldung und kommende Finanzierung der Pflichtaufgaben entstehen, so soll es uns Recht sein. Denn dadurch könnte man entsprechende Projekte angehen, die Bürger entlasten und die Infrastruktur reizvoll gestalten.

Die Botschaft hör ich wohl, allein mir fehlt der Glaube; Das Wunder ist des Glaubens liebste Kind.

Zu jenen Sphären wag ich nicht zu streben, Woher die holde Nachricht tönt.

Angesichts jener Zahlen ist offensichtlich, dass Pirmasens, bei entsprechendem Ausgleich, zum einen schuldenfrei wäre und andererseits im gleichen Zeitraum weit mehr als 120.000.000 hätte investieren können.

Entlastung statt ausquetschen der Bürger. Bessere Straßen, bessere Schulen und Kindergärten stünden da. Vereinsförderung, Jugendhilfe und weitere freiwillige Angebote hätten zuhauf geschaffen werden können. Einsparungen beim ÖPNV hätten vermieden werden können.

Die immer wiederkehrenden Erhöhungen der Hebesätze von Grund- und Gewerbesteuer wären keine Diskussion wert. Stattdessen wird sie aktuell als Erpressung von der Aufsichts- und Dienstleistungsdirektion (ADD) eingesetzt.

Die ADD, die im Grunde einen unausgeglichene Haushalt nicht genehmigen darf, lässt sich auf einen Handel ein, den Satz von 430 auf 480 anzuheben, da sie selbst 450 als nicht genehmigungsfähig sieht. Hierbei sei - nebenbei - der Artikel 106 Absatz 6 GG erwähnt, in dem geregelt ist, dass die Gemeinden die Hebesätze regeln.

Das sonst so hochgehaltene Grundgesetz wird hierbei ignoriert und Unrecht mit Unrecht ergänzt und Übel sich in Übeln überbrütet? Das Ungesetz gesetzlich überwaltet und eine Welt des Irrtums sich entfaltet.

Angesichts eines defizitären Doppelhaushaltes in mittlerer zweistelliger Millionenhöhe ist diese Erhöhung gar lächerlich, da sie lediglich ein „mehr“ von 900.000 Euro an Einnahmen bringt.

Gerade jene, die uns in diese Lage gebracht haben, legen uns jetzt Fußfesseln an? Darüber hinaus rühmt sich der Bund ob seines Überschusses, über dessen Einsatz diesbezüglich sicherlich keine Diskussion von Nöten sein müsste.

Das alles wird klagevoll bewertet, dennoch hingenommen und mitgemacht! Aufstehen und kämpfen – das sollte hier die Devise sein und sich nicht der vermeintlichen Übermacht einer zweifelhaften Regierung beugen.

Dafür werden insbesondere Häuslebauer und Mieter zur Kasse gebeten und – wie das kürzlich erwähnte Gutachten zeigte – mehr und mehr neue Hausbauer und Investoren abgeschreckt.

Ein völliges Desaster, und das sehen schließlich die Meisten so, wäre, der Aufforderung zu folgen, bis auf 975 Punkte zu gehen.

Ja, Herr Zwick, dann könnten wir Pirmasens zuschließen.

Uns allen ist klar, dass der umgekehrte Weg der richtige ist. Grundsteuer und Gewerbesteuer senken und Investoren anlocken. Nebenbei wurde dies bereits in meinem Wahlkampfvideo von 2017 zur Bundestagswahl erwähnt.

Die Stadt Pirmasens klagt. Richtig!

Doch stellt sich die Frage, warum jetzt erst?

Was passiert, wenn wir der ADD folgen?

Warten, was die Klage bringt?

Dann beim nächsten Doppelhaushalt wieder erhöhen, da noch kein Ergebnis vorliegt?

Oder resolut denken und ein Zeichen setzen und klarstellen, dass irgendwann eine Grenze erreicht und überschritten ist.

Bis dahin wurde fleißig in einen „Entschuldungsfond“ eingezahlt, dessen Fortsetzung jetzt schon zu erahnen ist – und die Schulden steigen dennoch. Dann folgen sicherlich neue Einsparmaßnahmen und weitere Kosten für Bürger und Gewerbetreibende – bei letzteren sind auch schon mal Müllgebühren fällig, da beim Kopieren von ein paar DVD's Staub entsteht und das schließlich auch Müll ist.

Oder man dreht weiter an der Strom- und Wasserschraube. Das belastet jeden Bürger und vor allem jene, die sowieso bereits an der Armutsgrenze leben – und davon haben wir in Pirmasens bereits viel zu viele.

Darüber lassen sich wieder viele Phantomdebatten führen, obwohl es im Grunde dahingehend kaum noch Spielraum gibt.

In vielerlei Hinsicht hat die Stadt recht gut gearbeitet. Auch, wenn es zu Lasten jener geht, für die die Stadt sorgen müsste. Doch auspressen alleine führt nicht zum Erfolg – nahezu das Gegenteil ist der Fall, da durch das Erwirtschaften dann Gelder gestrichen werden. Erfolg wird dann sogar bestraft.

Es gilt, ein „Mehr“ an Geld zu schaffen, dazu den Schuldenberg zu streichen und neue Schulden zu vermeiden.

Das kann nur über die Verantwortlichen in Land und Bund gehen.

Sie sind es, die in Verantwortung stehen!

Sie sind es, die das Geld zu schaffen haben!

Und nicht Geschaffenes zu nichts hinwegzuraffen!

*Dadurch sind unsre Mängel nicht erledigt, Was willst du jetzt mit deiner Fastenpredigt?
Ich habe satt das ewige Wie und Wenn; Es fehlt an Geld, nun gut, so schaff' es
denn!*

Schwierig, wie wir jetzt stimmen sollen. Man weiß ja nicht, ob die Abstimmung deshalb rückgängig gemacht werden muss.

Nicht wegen der Arbeit der Stadt Pirmasens sondern wegen der Unfähigkeit von Land und Bund müssen wir diesen Haushalt ablehnen.

Der Vorsitzende erklärt, der Haushaltsplan sei mit der gesamten Verwaltung erarbeitet worden und man habe 7 verschiedene Haushaltsreden gehört. Im Mittelpunkt dieser Reden seien der Antrieb und das große Vertrauen für die Stadt. Sowie ein Optimismus für die Stadt und auch auf die Bürger. Das Ziel sei gemeinsam für die Stadt Pirmasens arbeiten.

zu 3.1 Haushaltssatzung und Haushaltsplan 2020/2021
Vorlage: 0939/II/20.1/2020

Der Vorsitzende bezieht sich auf die allen Ratsmitgliedern mit der Ladung übersandte Beschlussvorlage der Finanzen vom 30.01.2020.

Der Stadtrat beschließt bei 19 Gegenstimmen, mehrheitlich:

Der Stadtrat beschließt die Haushaltssatzung 2020/2021 (siehe Anlage 2 zur Niederschrift) mit Haushaltsplan und seinen Anlagen.

zu 3.2 Forstwirtschaftsplan 2020
Vorlage: 0918/II/20.1/2019

Der Vorsitzende bezieht sich auf die allen Ratsmitgliedern mit der Ladung übersandte Beschlussvorlage der Finanzen vom 20.12.2019.

Der Stadtrat beschließt einstimmig:

Der Forstwirtschaftsplan 2020 wird mit folgenden Ergebnissen festgestellt:

Voranschlag der Erträge und Aufwendungen:

Erträge	95.130 €
Aufwendungen	<u>96.570 €</u>
Fehlbetrag	- 1.440 €

zu 3.3 Wirtschaftsplan des Abwasserbeseitigungsbetriebs mit Finanzplan und Investitionsprogramm

Der Vorsitzende bezieht sich auf den allen Ratsmitgliedern vorliegenden Wirtschaftsplan des Abwasserbeseitigungsbetriebs mit Finanzplan und Investitionsprogramm.

Der Stadtrat beschließt einstimmig:

1. Wirtschaftsplan 2020
Der Wirtschaftsplan des Abwasserbeseitigungsbetriebes wird wie folgt festgesetzt:

1.1 Erfolgsplan

Erträge	10.089.000 Euro
Aufwendungen	10.049.000 Euro
Gewinn	40.000 Euro

Der Gewinn ist auf neue Rechnung vorzutragen.

- | | | |
|-----|--|------------------------|
| 1.2 | Vermögensplan | |
| | Mittelbedarf und Finanzierungsmittel je | 12.047.000 Euro |
| 1.3 | Stellenübersicht mit insgesamt | 27,43 Stellen |
| | | |
| 2. | <u>Finanzplan 2019 bis 2023</u> | |
| | Der Finanzplan für die Jahre 2019 bis 2023 | |
| | wird auf | 43.593.000 Euro |
| | festgesetzt. | |
| | | |
| 3. | <u>Investitionsprogramm 2019 bis 2023</u> | |
| | Das Investitionsprogramm für die Jahre 2019 | |
| | bis 2023 wird auf den Gesamtbetrag von | 24.721.000 Euro |
| | festgesetzt. | |
| | | |
| 4. | <u>Kredite für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen</u> | |
| | Der Gesamtbetrag der vorgesehenen Kredite | |
| | wird festgesetzt auf | 7.883.000 Euro |
| | | |
| 5. | <u>Verpflichtungsermächtigungen</u> | |
| | Der Gesamtbetrag der Verpflichtungs- | |
| | ermächtigungen wird festgesetzt auf | 1.190.000 Euro |
| | | |
| | Verpflichtungsermächtigungen, für die in den künftigen Haushaltsjahren voraussichtlich Investitionskredite aufgenommen werden müssen, beläuft sich auf | 1.138.000 Euro |
| | | |
| 6. | <u>Höchstbetrag der Kredite zur Liquiditätssicherung</u> | |
| | Der Höchstbetrag der Kredite zur Liquiditätssicherung | |
| | wird festgesetzt auf | 8.000.000 Euro |

zu 3.4 Wirtschaftsplan des Wirtschafts- und Servicebetrieb (WSP)- Teilbereich Abfallentsorgung

Der Vorsitzende bezieht sich auf den allen Ratsmitgliedern vorliegenden Wirtschaftsplan des Wirtschafts- und Servicebetrieb 2020.

Der Stadtrat beschließt einstimmig:

1. Wirtschaftsplan 2020
Der Wirtschaftsplan des Wirtschafts- und Servicebetriebes (WSP);
Teilbereich Abfallentsorgung
wird wie folgt festgesetzt:

1.1	Erfolgsplan	
	Erträge	5.843.000 Euro
	Aufwendungen	5.755.000 Euro
	Gewinn	88.000 Euro
1.2	Vermögensplan	
	Mittelbedarf und Finanzierungsmittel je	177.000 Euro
1.3	Stellenübersicht mit insgesamt	26,54 Stellen
2.	<u>Finanzplan 2019 bis 2023</u>	
	Der Finanzplan für die Jahre 2019 bis 2023 wird auf festgesetzt.	582.500 Euro
3.	<u>Investitionsprogramm 2019 bis 2023</u>	
	Das Investitionsprogramm für die Jahre 2019 bis 2023 wird auf den Gesamtbetrag von festgesetzt.	280.000 Euro
4.	<u>Kredite für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen</u>	
	Der Gesamtbetrag der vorgesehenen Kredite wird festgesetzt auf	0 Euro
5.	<u>Verpflichtungsermächtigungen</u>	
	Der Gesamtbetrag der Verpflichtungsermächtigungen wird festgesetzt auf	0 Euro
	Verpflichtungsermächtigungen, für die in den künftigen Haushaltsjahren voraussichtlich Investitionskredite aufgenommen werden müssen, beläuft sich auf	0 Euro
6.	<u>Höchstbetrag der Kredite zur Liquiditätssicherung</u>	
	Der Höchstbetrag der Kredite zur Liquiditätssicherung wird festgesetzt auf	5.000.000 Euro

zu 3.5 Wirtschaftsplan des Wirtschafts- und Servicebetrieb (WSP)

Der Vorsitzende bezieht sich auf den allen Ratsmitgliedern vorliegenden Wirtschaftsplan 2020.

Der Stadtrat beschließt einstimmig:

1. Wirtschaftsplan 2020
Der Wirtschaftsplan des Wirtschafts- und Servicebetriebes (WSP);
ohne Teilbereich Abfallentsorgung
wird wie folgt festgesetzt:

1.1 Erfolgsplan

Erträge	9.317.700 Euro
Aufwendungen	9.317.700 Euro
Gewinn/Verlust	0 Euro

1.2 Vermögensplan

Mittelbedarf und Finanzierungsmittel je	560.000 Euro
---	---------------------

1.3 Stellenübersicht mit insgesamt **138,52 Stellen**

2. Finanzplan 2019 bis 2023

Der Finanzplan für die Jahre 2019 bis 2023

wird auf **2.766.000 Euro**

festgesetzt.

3. Kredite für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen

Der Gesamtbetrag der vorgesehenen Kredite
wird festgesetzt auf

205.000 Euro

4. Verpflichtungsermächtigungen

Der Gesamtbetrag der Verpflichtungs-
ermächtigungen wird festgesetzt auf

0 Euro

Verpflichtungsermächtigungen, für die in den künftigen Haushaltsjahren voraussichtlich Investitionskredite aufgenommen werden müssen, beläuft sich auf

0 Euro

5. Höchstbetrag der Kredite zur Liquiditätssicherung

Der Höchstbetrag der Kredite zur Liquiditätssicherung wird festgesetzt auf

5.000.000 Euro

zu 4 **Satzung über den Kostenersatz und die Gebührenerhebung für Hilfe- und Dienstleistungen der Feuerwehr Pirmasens** **Vorlage: 0934/III/38/2020**

Der Vorsitzende bezieht sich auf die allen Ratsmitgliedern mit der Ladung übersandte Beschlussvorlage des Amtes Brand- und Katastrophenschutz.

Der Stadtrat beschließt einstimmig:

Der Stadtrat beschließt die Feuerwehrentgeltsatzung neu.

zu 5 Resolution "Initiative zur Rettung der kommunalen Finanzen und zum Erhalt der Selbstverwaltungsgarantie"
Vorlage: 0940/I/10.1/2020

Der Vorsitzende bezieht sich auf die allen Ratsmitgliedern mit der Ladung übersandte Beschlussvorlage des Haupt- und Personalamtes vom 03.02.2020.

Der Vorsitzende erklärt, es sei üblich zunächst im Ältestenrat über das weitere Vorgehen zu sprechen und nicht solche Resolutionen über die Presse anzustoßen. Er teilt weiter mit, er wolle das zukünftig gerne anders machen, erst im kleinen Kreis. Es sei in zwei Sitzungen darüber gesprochen worden. Der vorliegende Entwurf sei sachlich und hinreichend konkret.

Ratsmitglied Tilly erklärt, es sei besser den Text im Ältestenrat und zusammen mit den Bundestagsabgeordneten abzustimmen. Man könne den Resolutionstext von 2017 bekräftigen und mit einem Begleitschreiben verschicken.

Der Vorsitzende merkt an, nicht Frau Glöckner reiche die Resolution ein, sondern der Stadtrat. Diese solle auch nicht mit Zahlen überfrachtet werden.

Ratsmitglied Eschrich teilt mit, DIE LINKE-PARTEI stimme grundsätzlich der Resolution zu, verweist aber darauf, die Resolution 2007 und 2017 hätten den gleichen Tenor und die Bürgerinnen und Bürger erwarteten mehr. Es müssten Lösungen her.

Es gelte das Verursacher-Prinzip und die Kommune könne nicht alles alleine tragen, die Resolution gehe am Thema vorbei. Die Konsequenz daraus sei, wer Aufgaben aufgibt, solle die entstehenden Kosten dafür übernehmen.

Der Vorsitzende erklärt, die Stadt versuche seit Jahren das Defizit zu verringern und setze sich unter anderem mit dem Bündnis „Für die Würde unserer Städte“ für eine bessere Finanzausstattung der Kommunen ein. Der Einsatz seines Vorgängers habe zu einem Bündnis geführt, das sich gegenüber Bund und Land für eine Altschuldenregelung einsetzt. Fast alle kreisfreien Städte seien verschuldet. Es gebe keine Schule, welche ausrenoviert sei. Zudem gebe es fast keine Kassenkredite.

Er erklärt weiter, dies sei ein historischer Zeitpunkt für eine Resolution. Es hätten sich Pirma-senser, Stadtspitze und Rat dafür eingesetzt und im Bündnis mit den Städten in Berlin angeklopft. Es sei nur ein kurzes Zeitfenster gegeben und es liege jetzt an der gemeinsamen Entscheidung, die strukturelle Unterfinanzierung der Kommune mit der Neuverschuldung zu verbinden und dementsprechend mit Bund und Land über die Parteigrenzen hinweg eine Lösung zu finden.

Der Vorsitzende erläutert weiter, es setzten sich mehrere Städte dafür ein. Auch Bundestags- und Landtagsabgeordnete setzten sich für eine neue Resolution ein. Die Kommunen sollten allerdings auch beim Land die Resolution auf den Weg bringen.

Ratsmitglied Sheriff wirft ein, die Resolution 2017 greife nicht mehr, da die Problematik der Neuverschuldung fehle.

Ratsmitglied Hussong erklärt, die Wiederholung habe Gründe. Man solle an die Resolution von 2017 anknüpfen und deren Inhalte übernehmen. Einige Aspekte fehlten, wie zum Beispiel der Hinweis, dass die Situation von strukturellen Defiziten geprägt sei und dass es nicht die einzigen Gründe seien, dass die Region haushaltsrechtlich schlecht dastehe. Diese Gesichtspunkte sollten in der Resolution erwähnt werden, seien aber inhaltlich heute schwer zu ergänzen. Der Rat solle die Verabschiedung der Endfassung auf den Hauptausschuss übertragen.

Der Vorsitzende teilt mit, der Hauptausschuss habe festgelegt, dass Änderungen eingereicht werden könnten. Die Ratsmitglieder sollten sich bei Änderungsbedarf melden und entsprechend Rückmeldung geben.

Ratsmitglied Dr. Matheis appelliert, die Situation heute sei nicht wie im Jahr 2017. Im Moment bestehe die einmalige Chance aufgrund der Haushaltssituation des Bundes Probleme in mehreren Bundesländern zu lösen. Jedes Gesetz im Sozialbereich, welches beschlossen sei und an die Länder gehe, müsse finanziert werden. Wenn das Land nicht einverstanden sei, müsse das Gesetz im Bundesrat abgelehnt werden. Die Länder hätten nicht für mehr Mittel vom Bund gekämpft.

Ratsmitglied Dr. Matheis erklärt weiter, so nah sei die Stadt bisher nicht an einer Entschuldung dran gewesen. Momentan rede man von einem Investitionsstau, welcher die Bürger benachteilige.

Das Land solle seine Forderungen bezüglich der Einsparungen in den Kommunen neu überdenken. Reiche Landkreise wie zum Beispiel Ingelheim hätten einen ausgeglichenen Haushalt, erhöhten die Realsteuer nicht. Von Pirmasens werde dies jedoch gefordert, aufgrund von Defiziten, die jedoch nicht selbst verschuldet seien. Das Land würde so auseinander getrieben werden. So etwas sehe das Grundgesetz nicht vor. Mehr als vor dem Verfassungsgerichtshof Rheinland-Pfalz und Bundesverfassungsgericht zu klagen, könne man nicht mehr tun. Deswegen sollte man die Chance erkennen und an Bund und Land appellieren.

Ratsmitglied Eyrisch schlägt folgende Ergänzung vor: „Die Stadt Pirmasens fordert, wie bereits 2017 beschlossen...“, unabhängig von Parteien oder Verwaltung.

Der Vorsitzende schlägt vor, die Resolution aus 2017 mit der aktuellen Resolution nochmals zu übersenden und im Anschreiben auf die alte Resolution hinzuweisen.

Ratsmitglied Eschrich erklärt, es seien nicht alle Gesetze zustimmungspflichtig. Das Land könne nicht viel machen, dabei sei eine reale Lösung nicht zeitnah gewährleistet und das habe einen politischen Spalt zur Folge. Eine positive Entwicklung sei nicht realistisch.

Ratsmitglied Tilly erklärt, die Idee sei nicht so weitgehend wie in 2017. Man solle die aktuelle Resolution verabschieden, die aus 2017 jedoch mitschicken. Dem vermittelnden Vorschlag könne zugestimmt werden.

Der Stadtrat beschließt einstimmig:

Der Stadtrat beschließt den im Anhang befindlichen Resolutionstext „Initiative zur Rettung der kommunalen Finanzen und zum Erhalt der Selbstverwaltungsgarantie“.

zu 6 Vorstellung des Digitalisierungskonzeptes für die Verwaltung

Der Vorsitzende berichtet vom Stand der Digitalisierung. Das Krankenhaus sei hier schon weit voraus, nun seien mit dem IT-Organisator Jörg Ehrgott auch bei der Stadtverwaltung die Personalressourcen geschaffen worden. Heute werde über die Digitalisierung allgemein berichtet, im März folge eine Information zum Stand der neuen Homepage, im April zum Thema IT-Sicherheit.

Frau Heim und Herr Ehrgott stellen anhand einer Beamerpräsentation (siehe Anlage 3 zur Niederschrift) den Stand der Digitalisierung in der Verwaltung vor.

Der Vorsitzende spricht den Referenten seinen Dank aus und führt weiter aus, dass die vorbereitenden Maßnahmen getroffen seien und die Digitalisierung nun in vollem Gange sei. Bei der Beschreibung der einzelnen Prozesse könne man nun den Bogen zur Firma Allgeier SE spannen.

Ratsmitglied Dr. Dreifus stellt daraufhin seinen unter Tagesordnungspunkt 9 geführten Antrag vor. Er begrüße ein regelmäßiges Update durch die Verwaltung, da viele Bürger nicht wissen, was schon alles digital möglich sei. Zwei Prozesse seien dabei besonders wichtig: Zum einen gezielt die Nutzer, also auch die Mitarbeiter mitnehmen, und zum anderen sich auch Impulse von außen holen, um somit auch neue Initiativen angehen zu können. Weiter fragt er an, warum es noch vier Jahre bis zur Einführung der E-Akte dauere.

Herr Ehrgott berichtet, dass bereits 90% der Verwaltung die E-Rechnung benutze, aber eine komplette E-Akte seine Zeit brauche. Dies sei ein sehr komplexer Vorgang, an dessen Anfang zunächst die Implementierung eines Dokumentenmanagementsystems stehe.

Frau Heim ergänzt, dass eine flächendeckende E-Akte viel Zeit brauche, da sehr große Prozesse, bspw. eine Baugenehmigung, implementiert werden müssen. Durch die Dienstvereinbarung Digitalisierung solle es darüber hinaus zu keinen betriebsbedingten Kündigungen kommen.

Der Vorsitzende führt weiter aus, dass es bereits digitalisierte Prozesse wie die Zeiterfassung, die E-Rechnung oder auch das Ratsinformationssystem gebe. Diese verschiedenen Prozesse gelte es nebeneinander weiter anzutreiben. Eine Zusammenarbeit mit der Firma Allgeier erachte er als sinnvoll, sofern die Mitarbeiter selbst bei der Erstellung der ca. 2000 Prozesse mitarbeiten können. Durch die stetige Beteiligung der Mitarbeiter könne auch die Akzeptanz gestärkt werden.

Der Vorsitzende berichtet darüber hinaus, dass das Land hierbei hinterherhinke und er sich Pirmasens als Modellregion wünsche, was mit überschaubaren Mitteln zu leisten wäre. Dadurch könne man in der Digitalisierung selbst Akzente setzen.

Ratsmitglied Wink erklärt, dass das Thema Digitalisierung richtig erkannt werde und man die Prozesse, welche digital beantragt werden können, wie bspw. die KFZ-Anmeldung, bereits jetzt breiter publik machen solle. Der vorgeschlagene Zeitplan sei ambitioniert, aber er sei guter Dinge, da die notwendige Motivation vorhanden sei. Er unterstütze den Vorschlag nach einer Modellkommune, da so auch Einsparungen möglichen seien, explizit nehme er hier jedoch Personaleinsparungen aus. Man solle das Vorhaben schnell umsetzen und die Menschen mitnehmen.

Der Vorsitzende berichtet, dass für eine Modellkommune Kosten von 26.000 € entstehen würden. Der komplette Digitalisierungsprozess werde in Zukunft noch mehr Geld kosten.

Ratsmitglied Tilly fragt, ob die 26.000 € nur für die Modellkommune seien und wie hoch die Folgekosten seien.

Herr Ehrgott bejaht die Frage nach der Modellkommune und führt weiter aus, dass die Folgekosten noch nicht bekannt seien.

Ratsmitglied Tilly erwidert, dass bei diesem Thema die interkommunale Zusammenarbeit gefördert werden solle. Weiterhin fragt er, wie es sich bei der Zusammenarbeit mit der Firma Allgeier mit dem Vergaberecht verhalte.

Der Vorsitzende antwortet, dass man soweit noch nicht sei und erst entsprechende Gespräche geführt werden sollen. Darüber hinaus sei eine Kooperation mit der Hochschule geplant, um die Kosten des Personals nicht anzuheben. Die vergaberechtlichen Aspekte werde man selbstverständlich prüfen.

Ratsmitglied Sheriff fragt an, ob der Tisch für alle gedacht sei, die Modellregion sich aber lediglich auf Pirmasens beschränke.

Der Vorsitzende bejaht diese Fragen.

Ratsmitglied Hussong erklärt, dass das Landgericht in Zweibrücken am 01.02.2020 auf die E-Akte umgestiegen sei, vorher sei alles in Papierform eingegangen. Dies sei bei mehrjährigen Prozessen ein Problem, da man den kompletten Vorgang in Papier auch digitalisieren müsse.

Frau Heim erklärt, dass manche Vorgänge, bspw. die Hundesteuer schnell erledigt seien. Weiter führt sie aus, dass aber auch der Bestand bereits bestehender Akten größerer Prozesse digitalisiert werden soll. Dies stelle jedoch eine Mammutaufgabe dar, daher rechne man mit einer Dauer von vier Jahren zum kompletten Umstieg auf die E-Akte.

**zu 7 Beteiligung der Stadt Pirmasens an der Fortschreibung des Einzelhandelskonzepts der Stadt Zweibrücken gem. § 2 Abs. 2 Baugesetzbuch
Vorlage: 0938/I/61/2020**

Der Vorsitzende bezieht sich auf die allen Ratsmitgliedern übersandte Beschlussvorlage der Stadtplanung vom 30.01.2020.

Der Vorsitzende stellt vor, das Einzelhandelskonzept sei unbedenklich hinsichtlich der Zentralstadt, aber es gebe zwei Sondergebiete, die angesprochen werden sollten:

1. Möbel Martin: Hier habe der Stadtrat bereits im Zuge des Zielabweichungsverfahrens Bedenken geäußert, die auch berücksichtigt worden seien.
2. Outlet Center: Das Einzelhandelskonzept sehe hierfür keine Zielaussage vor. Dies sei bedenklich, da für solch ein gewichtiges Gebiet im Einzelhandelskonzept Ziele beschrieben werden müssten. Hier sollte der Stadtrat ebenfalls seine Bedenken äußern.

Herr Schreiner erklärt, dem Einzelhandelskonzept würden Entwicklungsziele für die Zukunft fehlen. Das Designer Outlet habe eine überregionale Strahlkraft und einen hohen Umsatz bei Textil-, Schuh- und Lederwaren gegeben. Ungefähr drei Viertel der Verkaufsfläche in Zweibrücken nehme das Outlet in Anspruch. Dies sei ein deutlicher Schwerpunkt mit Auswirkung auf Pirmasens, zum Beispiel bei Sportbekleidung. Im Einzelhandelskonzept sei die Angabe von Zielen dürftig, es gebe einen Verweis auf die landesplanerische Rechtslage und einen Verweis auf eine Genehmigung von vor 20 Jahren. Hier stelle sich die Frage der Änderung im Hinblick auf den Wechsel des Betreibers. Durch die Zuständigkeit der ZEF-Körperschaft sei der Einfluss von Zweibrücken begrenzt. Es gebe lediglich einen Verweis auf bestehende Vorschriften und dies sei der Bedeutung des Standortes nicht gerecht. Deshalb sollte die Gelegenheit genutzt werden und eine Stellungnahme abgegeben werden.

Der Vorsitzende verweist auf die landesplanerische Rechtslage, dies sei aber eine Abweichung vom Landesentwicklungsplan. Es gebe keine Zielaussagen.

Ratsmitglied Tilly erläutert, auf die Zielvorgaben, aktuelle Sortimentsgrenzen festzulegen, seien im neuen Vorschlag nicht eingegangen. Hier solle man noch entsprechende Grenzen einbauen und darauf hinweisen.

Herr Schreiner weist darauf hin, es gebe einen städtebaulichen Vertrag, in den Sortimente und Qualität beschrieben sein sollten, jedoch nur Flächen und Sortiment beschrieben seien. Hier sollte eine Verträglichkeitsanalyse durchgeführt werden.

Ratsmitglied Weiß teilt mit, der Vorschlag zum städtebaulichen Vertrag sei richtig, es müsse drinstehen was angeboten werden dürfe, die Firma Lindt jedoch sei nicht aufgeführt. Bei einer Erweiterung würde es so weitergehen. Dabei müsse die Versorgungssicherheit sichergestellt werden. Außerdem würde bei einer Erweiterung auch das Sortiment erweitert werden und die Innenstädte würden obsolet.

Ratsmitglied Hussong erklärt, man solle eine Sortimentsbeschränkung in die Stellungnahme mit einbringen, um klar zu definieren. Es dürfe nur angeboten werden, was im städtebaulichen Vertrag angegeben sei. Zu bedenken sei jedoch auch, dass auch Pirmasenser dort arbeiten.

Der Vorsitzende sagt zu, Herr Schreiner arbeite eine entsprechende Passage ein.

Der Stadtrat beschließt, mit 6 Gegenstimmen mehrheitlich:

Der Stadtrat der Stadt Pirmasens beschließt zum Entwurf des Einzelhandelskonzepts der Stadt Zweibrücken gemäß der nachstehenden Begründung Stellung zu nehmen.

zu 8 Wahlen

zu 8.1 Nachwahl für den Jugendhilfeausschuss Vorlage: 0932/I/10.1/2020

Der Vorsitzende bezieht sich auf die allen Ratsmitgliedern übersandten Beschlussvorlage des Hauptamtes vom 23.01.2020.

Der Stadtrat beschließt einstimmig:

Seitens des Stadtjugendrings wird als Nachfolger für Herrn Lukas Eitel

Herr Alen Brinza

vorgeschlagen.

Der Stadtrat beschließt einstimmig, hierüber offen abzustimmen.

Er wählt den Vorgeschlagenen als Mitglied in den Jugendhilfeausschuss.

Der Vorsitzende hat nicht mitgewählt.

zu 8.2 Bildung des Koordinierungsrates Dynamikum Pirmasens
Vorlage: 0831/I/10.1/2019

Der Vorsitzende bezieht sich auf die allen Ratsmitgliedern übersandten Beschlussvorlage des Hauptamtes vom 16.08.2019.

Der Stadtrat beschließt einstimmig:

Der Stadtrat stimmt der Empfehlung des Kulturausschusses vom 28.01.2020 zu und wählt neben dem Oberbürgermeister Markus Zwick

Frau Edeltraut Buser-Hussong und
Herrn Frederic Krämer

als Vertreter der Stadt in den Koordinierungsrat Dynamikum Pirmasens.

Der Stadtrat beschließt einstimmig, hierüber offen abzustimmen.

Der Vorsitzende hat nicht mitgewählt.

zu 9 Anträge der Fraktionen

zu 9.1 Antrag der CDU-Stadtratsfraktion vom 03.02.2020 bzgl. "Prüfung der Chancen einer Digitalisierungsallianz in der Südwestpfalz"

Der Tagesordnungspunkt wurde bereits zusammen mit Tagesordnungspunkt 6 behandelt.

zu 10 Beantwortung von Anfragen, Informationen, Anfragen der Ratsmitglieder

zu 10.1 Beantwortung von Anfragen

zu 10.1.1 Anfrage Ratsmitglied Dr. Dreifus vom 27.01.2020 bzgl. "Windows 7"

Der Vorsitzende teilt mit, derzeit gebe es noch 33 Windows 7 PCs im städtischen Netz. Die letzten Sicherheitsupdates für Windows 7 seien am 14.01.2020 ausgerollt worden. Die Umstellung auf Windows 10 werde bis Mitte Februar abgeschlossen sein.

zu 10.1.2 Anfrage Ratsmitglied Dr. Dreifus vom 27.01.2020 bzgl. "Rauchverbot am Bahnhof"

Der Vorsitzende bezieht sich auf die Stellungnahme der Deutschen Bahn und teilt mit, Bahnhöfe seien, wie auch ein Marktplatz zum Beispiel, öffentlicher Raum, wo man Reisenden das Rauchen nicht verbieten könne. Es gebe eine Hausordnung mit einem Hinweis auf "Rauchfreie Bahnhöfe". Man könne hier nur auf den Anstand der anderen Mitreisenden hoffen. Di-

rekt verbieten und mit Strafen ahnden könne man nicht. In Bahnhofsgebäuden sehe das anders aus, dort könne der "Rauchfreie Bahnhof" auch erfolgreich umgesetzt werden.

Man arbeite mit den Dienstleistern eng zusammen, um die Sauberkeit auf dem Bahnhof gewährleisten zu können.

Man werde Plakate "Rauchfreier Bahnhof" im Bahnhof verteilen bzw. erneuern und eine Glasreinigung beauftragen.

In den Städten Landau, Saarbrücken und Karlsruhe seien ebenfalls lediglich Schilder "Rauchfreier Bahnhof" aufgestellt worden.

zu 10.1.3 Anfrage der Stadtratsfraktion DIE LINKE - PARTEI vom 11.11.2019 bzgl. "Falschparker und Radverkehr"

Der Vorsitzende teilt mit, die Beantwortung werde in Session zur Verfügung gestellt bzw. schriftlich ausgeteilt (siehe Anlage 4 zur Niederschrift).

zu 10.1.4 Anfrage der AfD-Stadtratsfraktion vom 11.01.2020 bzgl. "Statistik Flucht-migration"

Der Vorsitzende teilt mit, die Beantwortung werde in Session zur Verfügung gestellt bzw. schriftlich ausgeteilt (siehe Anlage 5 zur Niederschrift).

zu 10.1.5 Anfrage der AfD-Stadtratsfraktion vom 11.01.2020 bzgl. "Rückzahlungsverpflichtung Fördergelder Messe Pirmasens GmbH"

Der Vorsitzende teilt mit, die jeweiligen Zuschussbescheide des Landes setzten eine Zweckbindungsfrist von mind. 20 Jahren fest. Die Bescheide stammten aus den Jahren 2004 und 2006. Der Abruf der Mittel müsse bis spätestens Oktober 2005 bzw. Oktober 2007 erfolgen, sodass von einem Ende der Zweckbindung im Oktober 2025 und Oktober 2027 auszugehen sei.

Weiter teilt er mit, die Stadt habe zwei Zuschussbescheide erhalten:

- Bescheid vom 10.02.2004 i.H.v. 4.310.180 €
- Bescheid vom 27.12.2006 i.H.v. 2.437.800 €

Die Höhe der Rückzahlung betrage je Jahr des Wegfalls der Zweckbindung 1/20. Angenommen die Zweckbindung entfiere zum 31.10.2020, wären für den ersten Bescheid 5/20 aus der Fördersumme fällig, also 1.007.545 € und für den zweiten Bescheid 7/20 aus der Fördersumme fällig, also 853.230 € fällig.

zu 10.1.6 Anfrage von Ratsmitglied Zipf vom 27.01.2020 bzgl. "Bushaltestelle Am Häusel"

Der Vorsitzende teilt mit, der Fahrgastunterstand befände sich im vorderen Teil einer Trafostation (fast ein Haus) der Versorgungs GmbH. Nachdem die Versorgung die Technik der Trafostation an dieser Stelle nicht mehr benötige, werde das Gebäude 2016 seitens der Versorgung stillgelegt.

Der einzige Zweck dieses Gebäudes sei danach noch der Unterstand für die Fahrgäste. Es sei jedoch eine dringende und umfangreiche Sanierung des Gesamtgebäudes erforderlich

gewesen. Es gebe dann 2016 mehrere Ortstermine mit dem Tiefbauamt und der Stadtplanung. Ergebnis sei, dass der Aufwand für den Erhalt des Gebäudes (am Steilhang) in keinem Verhältnis zu der Nutzung stünde. Ende 2016 werde das Gebäude abgerissen.

Ratsmitglied Zipf fragt an, ob die Stellungnahme schriftlich erfolgen könne.

Der Vorsitzende sagt dies zu.

zu 10.2 Informationen

zu 10.2.1 Tagesordnung zur Information über Stadtrats- und Hauptausschusssitzungen

Der Vorsitzende teilt mit, die Ratsmitglieder, die nicht im Hauptausschuss sind, erhielten die Tagesordnung zur Information. Ebenso die Ortsvorsteher, die keine Stadtratsmitglieder sind. Im Zuge der Digitalisierung und Masse an Informationen schlage man vor, diese Tagesordnung zur Information zukünftig per E-Mail zu versenden.

zu 10.2.2 Entwicklungskonzept "Gewerbe- und Industrieflächen für die Region Südwestpfalz"

Der Vorsitzende teilt mit, wie bereits mehrfach berichtet, hätten der Landkreis, die Stadt Zweibrücken und die Stadt Pirmasens eine gemeinsame Potenzialanalyse in Auftrag gegeben.

Der Landkreis finanziere hierbei alles vor, auch die Landeszuschüsse gingen an den LK. Es würde am 20.01.20 ein Beschluss gefasst, die Fa. CIMA zu beauftragen. Die Gesamtkosten betrugen 78.161,58 €, wobei 70% durch das Land bezuschusst würden.

Laut § 6 des Kooperationsvertrags, entfielen auf jeden Kooperationspartner ein Drittel der Gesamtkosten.

Somit betrugen die Kosten für die Stadt Pirmasens 7.816,16 €.

zu 10.3 Anfragen der Ratsmitglieder

zu 10.3.1 Linienbus Karl-Theodor-Straße

Ratsmitglied Deny fragt an, ob während der Baumaßnahme in der Karl-Theodor-Straße eine Umleitung des Linienbusses erfolgen könnte.

Der Vorsitzende sagt eine Prüfung zu.

zu 10.3.2 Sicherheitsdienst an Schulen

Ratsmitglied Schwarz stellt die Anfrage vor: „In der Presse war am 02.02.2020 zu lesen, dass die Stadt an mehreren Schulen private Sicherheitsdienste einsetzte, um Einbrüche und Vandalismusschäden vorzubeugen.“

Hierfür seien Kosten von rund 15.500 EUR im Jahr entstanden, wobei die Sicherheitsfirma mit Sitz in Rodalben bereits am Dezember 2018 aus Eilbedürftigkeit und Dringlichkeit unmittelbar beauftragt worden sei.

Für die Beauftragung sei eine öffentliche Ausschreibung „nicht notwendig gewesen, da die Beauftragung im Rahmen einer einjährigen Probephase stattgefunden habe.“
Nach meinem Kenntnisstand wäre zwingend eine öffentliche Ausschreibung erforderlich gewesen, da die Kriterien „Eilbedürftigkeit“ oder „Dringlichkeit“ nicht als Gründe für den Verzicht auf eine öffentliche Ausschreibung herangezogen werden können.

Hieraus ergeben sich folgende Fragen:

1. Bleibt die Verwaltung bei der Auffassung, dass für die Beauftragung einer privaten Sicherheitsfirma keine öffentliche Ausschreibung notwendig war?
2. Ist das Rechnungsprüfungsamt mit dieser Auftragsvergabe befasst?
3. Wenn Nein: Wird sich das Rechnungsprüfungsamt mit dieser Auftragsvergabe befassen?

Wenn Nein: Warum wird das Rechnungsprüfungsamt nicht beauftragt, sich mit dieser Auftragsvergabe zu befassen?“

Der Vorsitzende erklärt, in der Vergangenheit habe es an Schulen vermehrt Problemen mit Vandalismus und Einbrüchen gegeben. Der Schließdienst sei keine hoheitliche Aufgabe der Polizei oder des Ordnungsamtes weshalb ein privater Schließdienst beauftragt worden sei. Eine freihändige Vergabe würde erfolgen und auch das Rechnungsprüfungsamt würde damit befasst.

zu 10.3.3 Sanierungsmaßnahmen in der Berufsbildende Schule und der Landgraf-Ludwig-Realschule

Ratsmitglied Welker stellt die Anfrage vor: „Der Lokalpresse am 22. bzw. 23.10. konnte man entnehmen, dass es bezüglich der Sanierungsmaßnahmen der Berufsbildende Schulen und der Landgraf-Ludwig-Realschule Befürchtungen gibt, dass die einschlägigen Förderzeiträume von der Stadt Pirmasens nicht eingehalten werden können.

Daher bitte ich Sie folgende Fragen zu beantworten:

1. Wann sind seitens der Stadt Pirmasens die einzelnen Fördermaßnahmen beantragt worden?
2. Welche Bauvorhaben laufen aus heutiger Sicht besonders Gefahr nicht innerhalb der Förderfrist fertiggestellt zu werden?
3. Um welche weiteren Kommunen handelt es sich laut der Äußerung gegenüber der Presse, die wie Pirmasens Gefahr laufen, die einschlägigen Fördermittel nicht beanspruchen zu können?
4. Die Presseausführungen kann man so interpretieren, dass die Projekte bereits bewilligt, jedoch noch nicht begonnen wurden. Können Sie schon absehen, wann mit den einzelnen Projekten begonnen werden kann?“

Bürgermeister Maas erklärt, Bundesweit seien bisher nur 1% der Fördermittel abgerufen worden. Er sagt zu, die Fragen auf zu nehmen und diese in einer der nächsten Sitzungen zu beantworten.

zu 10.3.4 Straßenbeleuchtung Friedensstraße

Ratsmitglied Kiefer teilt mit, in der Friedensstraße fehle eine Straßenbeleuchtung da diese durch ein Müllfahrzeug beschädigt worden sei. Sie fragt an, wann diese ersetzt werde.

Der Vorsitzende sagt eine Prüfung zu.

zu 10.3.5 Umgestürzte Bäume in der Landauer Straße

Ratsmitglied Linse teilt mit, in der Landauer Straße seien an der Straßenseite mehrere kaputte Bäume. Sie fragt an, ob dies auf städtischem Grundstück sei und wann diese beseitigt würden.

Bürgermeister Maas erklärt, je nach Kapazität würden diese entfernt werden, wenn dies auf städtischen Gelände sei. Auf einem Privatgelände habe man keine Handhabe. Er sagt eine Prüfung zu.

zu 10.3.6 Mikrofonanlage

Ratsmitglied Croissant teilt mit, die aktuellen Mikrofone im Ratssaal in der Messe seien störend, da man diese nicht immer verständlich hören könnte. Er fragt an, ob eine neue Anlage beschafft werden könnte.

Der Vorsitzende erklärt, das Rednermikrofon sei zurzeit ausgeliehen, bis das bestellte Mikrofon zur Verfügung stehe. Er sagt eine Prüfung zu.

Nachdem keine weiteren Anfragen vorliegen, schließt der Vorsitzende die Sitzung um 18.50 Uhr.

Pirmasens, den 6. April 2020

gez. Markus Zwick
Vorsitzender

gez. Anne Vieth
Protokollführung